

Ausgabe
Groß-Berlin

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Die Lawine rollt!

Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen verdoppelt

Nach einer der letzten Meldungen der Bezirksfürsorgeverbände belief sich die Zahl der von den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen in Deutschland Ende September d. J. auf 1 299 190 oder — auf die Bevölkerungszahl umgerechnet — auf 20,82 auf 1000 Einwohner gegenüber 19,62 Ende des Vormonats August. In welch ungeheurer Maße unter dem Druck der anhaltenden Arbeitslosigkeit die Flut der Wohlfahrtserwerbslosen, deren finanzielle Lasten für zahlreiche Gemeinden untragbar geworden sind, namentlich in den letzten Monate gestiegen ist, geht daraus hervor, daß Ende September 1930 in Deutschland 655 297

Wohlfahrtserwerbslose oder 10,51 auf 1000 Einwohner vorhanden waren. Binnen Jahresfrist hat sich das Heer der Wohlfahrtserwerbslosen, die aus den Gemeindekassen unterstützt werden müssen, genau verdoppelt.

Die Zahl der wirklich voll unterstützten schmilzt immer mehr zu einem Bruchteil der Erwerbslosen zusammen. Neben den Wohlfahrtunterstützten steht heute bereits eine Millionenarmee der gesetzlich und auf dem Verwaltungswege jeder Unterstützung beraubten Erwerbslosen.

Ablehnung des Reichsarbeitschiedsspruches

Die am Tarifvertrag für die Reichsarbeiter beteiligten Gewerkschaften haben den Lohnschiedsspruch abgelehnt. Der Schiedsspruch sieht, wie berichtet, eine Kürzung der Tariftarife um 2 bis 6 Pfennig vor. Die Ablehnung des Schiedsspruches wird von den Gewerkschaften damit begründet, daß die Lohnkürzungen in Wirklichkeit viel höher seien, als sie in dem Schiedsspruch zum Ausdruck kämen, weil ja der Gesamtlohn aus den Grundlöhnen und den Zuschlägen zusammengesetzt sei. Der Schiedsspruch geht noch über die in der Notverordnung vorgesehene Verschlechterung hinaus. Dem Schiedsspruch kommt insoweit eine erhöhte Bedeutung zu, als die Löhne der Eisenbahner an die Löhne der Reichsarbeiter und der Reichspost angeglichen werden sollen.

Horthy, der Großmütige

Der Reichsverweser hat mit Rücksicht auf die schwere finanzielle Lage des Landes auf 15 Prozent seines Ehrengeltes, was einem Betrage von jährlich etwa 18 000 Pengö gleichkommt, verzichtet.

Die Schicksalsfrage

Von Richard Kleineibst.

Wenn in Deutschland eine „nationale Einheitsfront“ sich bildet, kann man sicher sein, daß Bindemittel Dummheit und Unverständnis sind. Es muß auffallen, daß die deutsche Presse, ob sie christlich à la Hugenberg oder Stegerwald, ob sie wotanistisch à la Goebbels, ob sie gottlos à la Munzenberg ist, daß so ziemlich die gesamte deutsche Presse das beliebte „Tribut“- und „Revisions“-thema (wenn auch in verschiedener Lautstärke und mit verschiedenartigen Nuancen) wieder einmal auf dem politischen Klavier paukt.

Nun ist zwar der Traum vom „hilfreichen“ Amerika, das es Laval „aber geben würde“, trotz des Porzellanritzes des Senators Borah verfliegen. Der französische Ministerpräsident kehrt aus Amerika zurück mit ungebundnen Händen, die aber nicht leer sind. Und sie sind mehr als je bereit, sich auch und gerade für Deutschland zu öffnen, wenn einige Vorbedingungen von dem Verhandlungspartner erfüllt werden. Die bestehen nun freilich nicht in einer Fortsetzung jener „aktiven Außenpolitik“, die mit der Verweigerung der „Tribute“, das heißt der Wiedergutmachung der Kriegsschäden, beginnt die die Rückgabe des „Korridors“ fordert, und mit der „Aufrüstungsfreiheit“ endet.

Noch denkt man jedenfalls in Deutschland, wie auch das „Abrüstungsschreiben“ des Herrn Dr. Brüning deutlich erkennen läßt, nicht daran, den Wunsch der Franzosen nach Sicherheitsgarantien ernst zu nehmen. Aber das wirtschaftliche Feld kann nicht beackert, die in erster Linie notwendige Kreditdrainage kann nicht vorgenommen werden, bevor nicht eine politische Flurbereinigung erfolgt ist. An der Frage der „Abrüstung“ aber wird sich das Schicksal der deutsch-französischen Verständigung entscheiden. Und von dieser Entscheidung wiederum hängt ab, ob eine Herabsetzung der interalliierten Kriegsschulden und damit der deutschen Reparationsbelastung erreicht, ob schließlich, um es kurz und knapp zu sagen, Deutschland vor der drohenden Pleite gerettet wird.

Denn dem deutschen Block „nationaler Honorigkeit“ steht gegenüber der bis auf verschwindende Ausnahmen geschlossene Block des um seine Sicherheit besorgten französischen Volkes. Alles andere als militaristisch, im tiefsten friedfertig (man mag seine Wohlhabenheit gern als Grund annehmen), will es „seine Ruhe haben“ und hält deshalb fest an der in ihrer Reihenfolge tatsächlich auch logischen These: Schiedsgericht, Sicherheit, Abrüstung. Die beliebte Umkehrung, beginnend mit der Abrüstung, ruft sein durch bittere Erfahrungen geschärftes Mißtrauen wach; und die täglichen Drohungen aus Deutschland sind nicht dazu angetan, es zu beruhigen.

Aber ist denn Frankreich nicht die stärkste Militärmacht des europäischen Kontinents? Darauf ist zu antworten: nicht daß einer Waffen hat, ist das Entscheidende, sondern die Frage, wie er sie zu verwenden beabsichtigt. Frankreichs Rüstung jedoch ist zur Zeit jedenfalls rein defensiv! „Wenn jemand einen Revolver auf der Hüfte trägt, so ist nicht die Länge des Revolvers noch sein Kaliber von Bedeutung, sondern die Frage, ob der Mann ein Bandit oder ein Gendarm ist.“ So Salvador de Madriaga, Spaniens Gesandter in Washington, in einem Artikel der „L'Europe Nouvelle“.

Schiedsspruch für Gemeindearbeiter

Durch den Schiedsspruch im Reichsarbeitsministerium, der das Einkommen von rund 315 000 Gemeindearbeitern zunächst um 4½ Prozent senkt und gleichzeitig durch die Ankündigung der Beseitigung der Lohnschutzklausel eine weitere Verschlechterung ankündigt, ist eine außerordentlich gespannte Situation geschaffen worden, die zum offenen Konflikt führen muß. Innerhalb eines Jahres sind die Löhne der Gemeindearbeiter zum drittenmal gesenkt worden. Der jetzige Abbau erhält seine besondere Bedeutung durch die Tatsache, daß er von der Reichsregierung erzwungen worden ist, die jede Aktion zur Unterstützung der Gemeinden von einer weiteren Senkung der Löhne abhängig macht. Allerdings ging der Reichsverband für Kommunalverwaltungen in seiner Forderung eines Lohnabbaus von 9 Prozent noch weit über die Notverordnung der Brüningregierung hinaus und im Preußen Severings wurde der Ruf nach verstärktem Lohnabbau von derselben sozialdemokratischen Bürokratie unterstützt, die in den engsten Beziehungen zu den verantwortlichen Führern des Gesamtverbandes steht.

Der Schiedsspruch für die Gemeindearbeiter stößt auf den erbitterten Widerstand der davor betroffenen Arbeiter. Überall wird die Ablehnung von den verantwortlichen Gewerkschaftsinstanzen gefordert. Die Leitung des Gesamtverbandes hat unter dem Eindruck dieser Stimmung, die sie genau kennt — wurde doch bereits beim letzten Lohnabbau der offene Kampf nur durch den stärksten Druck der zentralen Instanzen vermieden — die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zunächst den einzelnen Bezirken überlassen. Am 7. November läuft die Erklärungsfrist ab, sie kann nach der ganzen Sachlage von Gewerkschaftsseite nur eine einhellige Ablehnung bringen, die allerdings nicht eine Geste bleiben darf, hinter der die Verbindlichkeitserklärung steht, sondern die von den nötigen Vorbereitungen zur Durchführung des Streiks begleitet sein muß.

In seiner Bedeutung und seinen Zusammenhängen kommt dem Lohnkonflikt der Gemeindearbeiter eine besondere Bedeutung zu. Sie nehmen eine Schlüsselstellung ein in doppelter Beziehung: einmal weil das brutale Diktat der Regierung die politische Situation klar erhellt und Hunderttausenden praktisch die Früchte der Tolerierungspolitik vorsetzt und auf der andern Seite, weil der Lohnabbau für die Gemeindearbeiter gleichzeitig die Linie angibt im Konflikt mit den Eisenbahnern. Der Schiedsspruch für die Reichsarbeiter, der als Grundlage für die Schlichtungsverhandlungen

mit der Reichsbahn genommen werden soll, enthält ebenfalls eine Lohnkürzung von 4½ Prozent, so daß zu gleicher Zeit für annähernd eine Million Arbeiter in öffentlichen und Reichsbahnbetrieben der Lohnabbau durchgeführt werden soll. An der Wirtschaftsfrent stehen die Zeichen auf Sturm!

Laval berichtet Baldige Verhandlungen mit Deutschland

Paris, 3. November. In dem heutigen Ministerrat hat, wie das amtliche Communiqué besagt, Ministerpräsident Laval über die Mission berichtet, die er in Amerika durchgeführt hat. Der Justizminister beglückwünschte im Namen des Ministerrats den Ministerpräsidenten dazu, daß er seine Mission in einer unter den gegenwärtigen Umständen besonders nützlichen Weise durchgeführt und die freundschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich bestätigt habe. Finanzminister Flandin unterbreitete dem Ministerrat den endgültigen Text des Gesetzesentwurfs für die Durchführung des neuen Abschnitts des Wirtschaftsprogramms. Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten wurde beschlossen, den Zeitpunkt des Zusammentritts des Parlaments auf den 12. November festzusetzen.

London, 3. November.

„Times“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der Rückkehr Lavals. Man rechnet in England damit, daß Laval versuchen werde, ein dauerndes Abkommen mit Deutschland auf der Grundlage der Verträge von Versailles und vom Haag zu erreichen. Allgemein glaube man jetzt, daß der

Die Flucht aus der SPD

Ganzer Ortsverein zur SAP übergetreten
Ratingen, 3. November.

Der Ortsverein Ratingen der Sozialdemokratischen Partei und die Mitglieder der Stadtratsfraktion der SPD erklärten mit 114 gegen 11 Stimmen ihren Uebertritt zur Sozialistischen Arbeiterpartei. Damit ist die SPD im Stadtrat nicht mehr vertreten. Partei- und Fraktionsvorstand sind in derselben Zusammenstellung geblieben wie in der alten Partei.

Betrag, um dessen Zahlung Deutschland ersucht werden wird,

innerhalb des Rahmens der ungeschützten Annuitäten liegen und daß ein großer Teil in Sachlieferungen zahlbar sein werde. Der gemeinsame Wirtschaftsausschuß würde hierfür ein geeigneter Vermittler sein.

Das Blatt beschäftigt sich dann mit der Frage der Stillhaltecredite, die eigentlich Großbritannien und Amerika mehr angehen als Frankreich. Der Erfolg des von dem belgischen Bankier Francqui und dem französischen Sachverständigen Rist ausgegangenen Anregung hänge in erster Linie davon ab, daß die französisch-deutschen Beziehungen auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens aufgebaut würden. Soweit dies der Absicht Lavals entspreche, werde er die herzliche Unterstützung Englands und Italiens haben.

Aus Washington wird gedrahtet:

Die Meldung des „Petit Parisien“ vom Dampfer „Isle de France“, daß im Dezember in Biarritz eine Konferenz aller wichtigeren an der internationalen Schuldfrage interessierten Regierungen stattfinden werde, wird hier für durchaus wahrscheinlich gehalten. Es ist bekannt, daß Finanzminister Mellon nebst anderen Regierungsgliedern die Ansicht vertritt, daß eine Einbuße an Einnahmen auf Konto der alliierten Kriegsschulden mehr denn wettgemacht würde durch Belegung des Welthandels, die einer allgemeinen Herabsetzung der internationalen Regierungsschulden folgen dürfte. Es sei daher nicht ausgeschlossen, daß die amerikanische Regierung in irgendeiner Form auf der Biarritzer Konferenz vertreten sein werde.

Zeitungsverbot

Die Regierung von Mittelfranken hat das „Uffenheimer Tageblatt“ mit sofortiger Wirksamkeit bis einschließl. 7. November 1931 auf Grund der Bestimmungen über die Bekämpfung politischer Ausschreitungen und des Gesetzes zum Schutze der Republik verboten.

Werden — ein anderer Fall — die Rüstungen der einzelnen Länder so herabgesetzt, daß das Stärkeverhältnis relativ das gleiche bleibt, so bedeutet das zwar eine finanzielle Entlastung — die Kriegsgefahr bleibt dieselbe.

Rüstet Deutschland bis zu einem annähernd gleichen Standard mit Frankreich — die Schlussfolgerung zu ziehen ist in Deutschland für den einzelnen so gefährlich wie die Situation für das ganze Volk dann wurde.

Wird die Forderung nach Revision des status quo verbunden — und das ist ja in der Tat so! — mit dem Abrüstungs- bzw. Aufrüstungsproblem, so hat die Versicherung „auf friedlichem Weg“ den Wert eines ungedeckten Wechsels. Und die pflegt man nicht zu honorieren. Dagegen lehrt die Erfahrung seit Beendigung des Krieges — vom Londoner Ultimatum bis zum Vertrag von Locarno und zum Youngplan —, daß der Versailler Vertrag nicht unantastbar ist und daß territorialer Ausgleich in einem einheitlichen europäischen System überhaupt kein schwieriges Problem mehr wird aufgeben werden.

Und wie soll überhaupt der Schlüssel zu einem gerechten Rüstungsausgleich gefunden werden, wenn man das statistisch kaum erfüllbare, politisch und kriegstechnisch aber ausschlaggebende Kriegspotenzial, die Rüstungsmöglichkeit, nicht einbezieht? Also nicht in Anrechnung bringt die chemische und schwerindustrielle Produktionskapazität Deutschlands, seinen Flugzeugpark (zweifellos gewiß „nur“ Verkehrsflugzeuge!), seine Bevölkerungszahl und schließlich seinen von allen Seiten gestärkten und geförderten „Wehrwillen“, der schon jetzt bei Straßenkämpfen so herrliche Früchte und Fröhen trägt?

Man sieht an diesen wenigen Fragen schon: so geht es nicht! Aber es geht anders! Was Frankreich verlangt, sind Garantien in enger Anlehnung besonders an die Artikel 10 und 16 des Friedensvertrages, die nachzulesen für deutsche Politiker wohl ersprießlicher wäre als Interpretationsversuche der verschiedensten Art. Und da wir schon Pakte haben, die den Krieg „moralisch“ achten, der Artikel 16 des Friedensvertrages gemeinsames Vorgehen der Völkerbundmitglieder gegen den Verletzer der Konvention, den Friedensbrecher also, fordert, — was liegt näher, als die „moralische“ Aechtung substantiell zu untermauern, einen internationalen Gerichtshof einzusetzen, der international Recht spricht nach internationalem Gesetz, wie es im Genfer Protokoll — auch nachlesenswert! — schon versuchsweise fixiert worden ist? Und (das ist eine notwendige Ergänzung) dieses Gericht bzw. den Völkerbund mit einem Exekutivorgan auszustatten, das imstande ist, den Urteilsprüchen auch gegen den Widerwilligen oder gegen eine Kombination von Gesetzesbrechern Geltung zu verschaffen? Denn was wäre der strengste Richter ohne den Gendarm hinter ihm?!

Das ist der Weg zur Abrüstung, einen anderen gibt es nicht, solange wir noch in dieser besten aller Welten leben. Wer wollte die Gefahren dieser Regelung verkennen! Es sind die Gefahren, die jeglicher Justiz eines Klassenstaates anhaften. Aber sie sind immer noch geringer als die völlige Anarchie und Systemlosigkeit, unter der die Völker wie auf einem Vulkan leben. Und ein solchermaßen geordneter Zustand bietet Raum in nationalem und (was heute weniger als je zu umgehen ist) in internationalem Rahmen für die Befreiungskämpfe der großen, unterdrückten Nation der Armen, der Proletarier aller Länder.

Gelingt es nicht, den sehr labilen Frieden in Europa wider die interessierten kapitalistischen Mächte zu stabilisieren, so wird das europäische und internationale Proletariat wieder den Blutzoll zu zahlen haben, wie es ihn immer bezahlt hat. Das gilt es zu verhindern. Und deshalb muß dieser Weg gegangen, nein, muß erzwungen werden durch das internationale, vor allem das deutsche Proletariat. Es ist kein Endziel, wohl aber eine wichtige Etappe, die nicht übersehen werden darf. Es ist eine Etappe auch im Kampf gegen den Faschismus.

Zu spät eingetroffen!

Hessische Wahlen ohne Wirtschaftspartei

13 Wahllisten insgesamt

Die Partei des Herrn Drewitz, die Wirtschaftspartei, wird das nächste Parlament in Hessen nicht beglücken. Das Contibüro berichtet, daß die eine Liste der „Reichspartei des deutschen Mittelstandes“ für die Provinz Starkenburg ausscheiden mußte, da sie 50 Minuten nach Ablauf der Einreichungsfrist eintraf. Das Wahlgeld von 350 RM. nicht gezahlt und die notwendigen 500 Unterschriften nicht aufgebracht waren! Die Landesliste der Wirtschaftspartei war zwar mit 512 Unterschriften eingereicht worden, jedoch waren 19 davon ungültig, da entweder die Vor- oder Zunamen nicht ausgeschrieben waren! Auch diese Liste der Wirtschaftspartei ist infolgedessen abgelehnt worden. Im ganzen sind 13 Wahllisten anerkannt worden. Das ist schon ein züchtiger Dreh-Witz!

Tumult im Braunschweiger Landtag Klagges provoziert!

Die faschistischen Methoden werden beibehalten

Im Braunschweigischen Landtag kam es am Dienstagabend zu stürmischen Szenen anläßlich der großen Anfrage der Sozialdemokraten über die Vorkommnisse beim nationalsozialistischen Treffen am 17. und 18. Oktober.

Bei den Ausführungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Jasper, der über ein ausgedehntes Anklagematerial verfügte und die Tolerierung des Hakenkreuz-Untags durch die Regierung nachwies, kam es zu stürmischen Unterbrechungen. Ausrufe wie „frecher Lämmer“ mußte sogar der nationalsozialistische Landtagspräsident gegen seine eigenen Parteigenossen rufen.

Der Innenminister Klagges versuchte den Spieß umzudrehen

und legte die Schuld an den Zusammenstößen den „Marxisten“ zur Last, die das Verbrechen direkt organisiert hätten. Kein deutscher Mann, so sagte Herr Klagges, habe sich an einem anderen Volksgenossen vergriffen, die Linke habe die Zusammenstöße bewußt herbeigeführt.

Als auf diese Provozierung die Zwischenrufe hagelten und auch die Tribüne in die Aus-

einandersetzungen eingriff, teilte der Präsident seine Ordnungsrufe lediglich nach links aus. verfügte den Ausschluß je eines kommunistischen und sozialdemokratischen Abgeordneten. Das veranlaßte die sozialdemokratische Fraktion, den Sitzungssaal zu verlassen. Herr Klagges schloß seine Rede mit den Worten: daß er seine Polizeipraxis so wie bisher weiterführen würde.

Man kann sich also nächsten in Braunschweig wieder auf einiges gefaßt machen.

Das kostet Sie den Kopf!

Mit welcher „Unparteilichkeit“ der Landtagspräsident von Braunschweig die Geschäfte führt, dafür ein Beispiel:

Als in der Debatte der Sozialdemokrat Jasper von dem „Wortbruch Hitlers“ sprach, unterbrach ihn ein junger Nationalsozialist mit den Worten:

„Das kostet Sie den Kopf!“

Die unzweideutige Morddrohung „überhorte“ der Nazi-Präsident; er verfuhr nach dem Wort: Nicht der Mörder, der Ermordete ist schuldig! Natürlich nur, wenn der Mörder ein Nazi ist.

Gerichtsbeschuß: Nazis nicht mehr staatsfeindlich

Seit Ausscheiden der Stennesanhänger legal

Die Feststellung, daß die NSDAP zwar einmal staatsfeindlich war, es aber heute nicht mehr ist, ist nunmehr gerichtsmäßig. Der Disziplinarsenat des Oberlandesgerichts in Frankfurt a. M. verhandelte heute gegen den nationalsozialistischen Stadtverordneten und Fraktionsführer Justizobersekretär Lange wegen Dienstvergehens. Die Entscheidung des Gerichts ist von prinzipieller Bedeutung. Der Angeklagte war beschuldigt, durch seine Zugehörigkeit zur NSDAP und durch seine nationalsozialistische Betätigung in Versammlungen der Treupflicht dem Staate gegenüber zuwider gehandelt zu haben.

Der Verteidiger des Angeklagten betonte, daß die Partei, der der Angeklagte angehöre, nicht staatsfeindlich sei. Man könne die NSDAP deshalb nicht als staatsfeindlich ansehen, weil sie heute in fünf deutschen Ländern als Regierungspartei anerkannt sei. Auch habe der Reichsrat es nicht abgelehnt, die nationalsozialistischen Vertreter dieser Länder aufzunehmen.

Der Disziplinarsenat sprach den Angeklagten des Dienstvergehens schuldig und erkannte auf 100 Mark Geldstrafe. Er vertrat den Standpunkt, daß die NSDAP bis zum Ausschluß des Hauptmanns Stennes und seiner Anhänger eine staatsfeindliche Partei gewesen sei, und daß die aktive Betätigung eines Beamten für eine derartige Partei ein Dienstvergehen darstelle. Der Angeklagte sei also wegen seiner politischen Betätigung, soweit sie die Zeit von 1930 bis zum Frühjahr 1931 umfasse, zu bestrafen gewesen.

Sühne für den Hamburger Mord?

Die Hakenkreuz-Banditen vor Gericht
Hamburg, 3. November.

Vor dem Hamburger Schwurgericht hat heute der Prozeß gegen die drei Mörder des kommunistischen Hamburger Bürgerschaftsmitgliedes Ernst Henning begonnen.

Die Angeklagten Jensen, Bammel und Hoekmeyr gehörten zur Zeit der Tat der NSAPD.

an. Der Parteivorstand erklärte aber, daß sich die drei Angeklagten durch den Anschlag selbst aus der Partei ausgeschlossen hätten. (Bequem! Red.)

Am 15. März d. J. kehrten Henning und sein Parteigenosse Cahbley von einer Versammlung aus Ochsenswärd in einem Autobus zurück, als die drei Nazis in Fünfhausen den Wagen bestiegen und auf den Abgeordneten und seinen Begleiter mehrere Schüsse abgaben. Henning wurde auf der Stelle getötet, Cahbley und mehrere andere Passagiere wurden leicht verletzt.

Bei der Vernehmung des Jansen in dem Henning-Prozeß erklärte der Angeklagte, er habe dreimal geschossen, aber nicht nur auf Henning. Er habe weder Henning noch Cahbley gekannt. Seine Tat erklärte er aus Trunkenheit. Er bereue die Tat und wolle verurteilt werden, nur solle man ihn nicht so viel fragen. Es folgt die Vernehmung von Bammel, der bei einer Schiffsmaklerfirma angestellt war. Auch er spricht von dem besonderen Haß der SA-Leute auf politische Gegner. Er will erst spät und ungenau von dem Aufzug benachrichtigt worden sein. Ein Parteigenosse habe ihm die Waffe gegeben, für die er sich dann Patronen gekauft habe. Die Fahrt sei sehr lustig gewesen, man habe gelacht und viele Scherze gemacht. An den Vorgang im Wagen kann sich auch Bammel, der stark betrunken gewesen sein will, angeblich nicht genau erinnern, doch gibt er zu, auf Henning geschossen zu haben.

Im Verlauf der Verhandlung ergibt sich, daß zweifellos die drei Täter nach dem Mord eine eingehende Aussprache mit ihren Vorgesetzten gehabt haben, die ihnen, da keine Mittel für eine Flucht zur Verfügung standen, rieten, sich selbst zu töten.

Umzugsverbot

Berlin, 2. November.

Der preußische Minister des Innern hat alle Umzüge und Demonstrationen unter freiem Himmel für ganz Preußen von morgen ab bis auf weiteres verboten.

Es scheint also, daß den Behörden die öffentliche Sicherheit und Ruhe trotz aller Notverordnung und Republiksschutzgesetze nur dann gewährleistet ist, wenn absolute Kirchhofsruhe verbürgt ist. Solche Demonstrationsverbote, die früher einmal — als sie noch Ausnahmen waren — als „kleiner Belagerungszustand“ Aufsehen erregten, beseitigen aber nicht die Ursachen des Demonstrationswillens; sie erhitzen nur die berechnete Unzufriedenheit der breitesten Massen zu einer Siedehitze, die einmal doch explodieren muß. Der preußische Minister des Innern sollte dies eigentlich wissen!

Erwerbslose Bergarbeiter graben



sich selbst die Kohle aus der Erde, aber auf den Halden verderben Kohlenberge. Das ist der kapitalistische Irrsinn

Hindenburg in Ungnade

Laverrenz droht mit der Präsidentenwahl

Den Deutschnationalen geht ein gewisser Körperteil mit Grundeis. Sie werden die Geister, die ... riefen, nicht mehr los. Hitler schießt sich an, Hugenberg zu fressen und zugleich mit Brüning seinen Frieden zu machen. Nun hat Herr Laverrenz, eine der Leuchten der Hugenbergs, gefunden, daß an dem neuesten Techtelmechtel der Marschall-Präsident Hindenburg nicht unbeteiligt ist. Fuchsteufelswild stellt der Berliner Führer der Deutschnationalen daher in öffentlicher Versammlung dem Reichspräsidenten das folgende Ultimatum:

„Wenn Hindenburg nicht in nächster Zeit einen radikalen Kurswechsel vornimmt, kann er unmöglich auch nur mit einer deutschnationalen Stimme bei der im Frühjahr bevorstehenden Reichspräsidentenwahl rechnen. Das ist eine Feststellung, die mit persönlichem Werturteil nichts zu tun hat. Es gibt nur eine Entscheidung; links oder rechts. Die Mitte ist vom Uebel und muß zerrieben werden.“

Wir haben gewiß keinen Anlaß, Herrn von Hindenburg gegen seinen Freund Laverrenz zu verteidigen; aber dies Ultimatum sieht denn doch mehr einem Verzweiflungsschrei denn einem Starkezeugnis ähnlich. „Und der König absolut, wenn er uns den Willen tut“ — die alte Devise der ostelbischen Junker ist nicht mehr ganz intakt. Es sind vorläufig andere Kräfte nachgerückt, die sich von den Überresten des konservativen Fettpolsters mästen. Daß sie besser wären, wollen wir damit nicht sagen. Aber sie sind da, und Herr Laverrenz hat keine Trümpfe, die er ausspielen könnte.

Katastrophe der bürgerlichen Parteien? Oder der SPD?

Wie der „Vorwärts“ seine Leser unterrichtet

Die Wahlen in Mecklenburg, über die wir gestern berichteten, haben der SPD Verluste bis zu 40 Prozent gebracht, also eine glatte, nicht umzudeutende Niederlage. Der „Vorwärts“ aber lenkt von dieser Tatsache mit seiner Rechenkunst ab, indem er die Niederlage der bürgerlichen Einheitslisten in den Vordergrund stellt. Die entscheidende Tatsache aber ist, daß der Faschismus seit den Reichstagswahlen 1930, in denen die Nationalsozialisten kaum 70 Prozent der Stimmen der SPD aufbrachten, heute die SPD weit überflügelt haben und seitdem noch 57 Prozent gewonnen haben. Es ist für die Arbeiterschaft von weit geringerer Bedeutung, daß die bürgerlichen Parteien an die Nazis verloren haben. Wichtig ist für sie nur, daß die Taktik der SPD geradezu zu einer Förderung des legalen Fortschritts des Faschismus geworden ist.

Gewerkschaftskampf in Oesterreich

Passive Resistenz von Postangestellten

Wien, 3. November

Die Technische Union verständigte sich heute mit der christlichen und nationalen Gewerkschaft der Telephon- und Telegraphenangestellten. Alle drei Gewerkschaften faßten hierauf den Beschluß, heute um Mitternacht mit der passiven Resistenz zu beginnen. MacDonald verhandelt über Kabinettsbildung T

London, 3. November

MacDonald hatte heute vormittag eine Unterredung mit dem liberalen Führer Herbert Samuel. Im Anschluß hieran trat das Kabinett zusammen. Die Verhandlungen über die Zusammensetzung der neuen Regierung sind noch nicht abgeschlossen, so daß alle Mitteilungen über Personalfragen nur auf Vermutungen beruhen können. Wahrscheinlich wird die neue Regierung eine Anzahl parlamentarischer Ausschüsse einsetzen, die gewisse Spezialfragen zu prüfen und die Fühlung mit den beteiligten Ministerien aufrechtzuerhalten haben.

Hoesch bei Briand

Paris, 3. November

Botschafter v. Hoesch, der gestern aus Berlin nach Paris zurückgekehrt ist, hatte heute nach dem Ministerrat eine Unterredung mit Außenminister Briand. Im Laufe des Nachmittags wird Botschafter v. Hoesch von Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand gemeinsam empfangen werden.

Lloyd George als Protoktor der Arbeiter-Partei?

London, 2. November.

„Manchester Guardian“ veröffentlicht heute ein Interview mit Lloyd George, in dem sich dieser für eine Zusammenarbeit der Liberalen und der Arbeiterpartei für ihre gemeinsamen Ziele einsetzt. Lloyd George erklärt, die Liberalen, die Arbeiterpartei und die fortschrittlichen Geister aller Parteien könnten jahrelang gemeinsam zum Wohle des Landes „ein fruchtbares Stück Land bestellen“, ohne ihre grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zu berühren. Die Arbeiterpartei sollte sich jetzt bewußt sein, daß die von ihr festgelegten Aufnahmebedingungen zu engherzig seien, als daß sie — wenigstens für diese Generation — eine wahrhaft nationale Partei werden könnte.

Kampf gegen die Dürre

Die Ernte in Sowjetrußland
Moskau, 3. November.
(Telegraphen-Agentur der Sowjetunion.)

Die Presse veröffentlicht eine Rede Molotows auf der Unionskonferenz zur Bekämpfung der Dürre. Molotow führte u. a. aus: Vor der Revolution brachte eine Dürre im Lande nicht nur enorme Erwerbslosenheere, sondern Hungersnot für ein Dutzend Millionen Menschen. Jetzt seien derartige Nöte dank den Erfolgen der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes nicht mehr möglich. Im laufenden Dürrejahre habe das Land trotz des Verlustes einiger hundert Millionen Pud Getreide, dank dem Siege der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter einen nicht geringeren Bruttogetreideertrag erzielt als im Vorjahre. Bereits jetzt sei mehr Getreide geerntet worden als in der entsprechenden Zeit im vergangenen Jahre. Die Regierung bezweifle nicht, daß ihr Getreideernteplan restlos durchgeführt werde. Trotz der Dürre sei eine Erweiterung der Winteraussaat gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen. Zweifellos würde die Aussaatfläche im Frühjahr 1932 größer sein als die diesjährige. Da das Land aber durch die Dürre einen großen Schaden habe, werde die Lösung der Frage der Bekämpfung der Dürre für den Staat eine besonders wichtige Aufgabe. Molotow forderte zum Schluß die Konferenz zur Prüfung der Frage der Dürre in der Sowjetunion und zur Prüfung aller wissenschaftlichen Forschungsarbeiten auf diesem Gebiete in Amerika und Europa auf.

Eine Rede Kalinins über die agrarische Kollektivierung

Moskau, 2. November.

Am Schluß der Unions-Konferenz zur Bekämpfung der Dürre hielt, wie die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet, der Vorsitzende des Zentralkomitees Kalinin vor landwirtschaftlichen Sachverständigen eine Rede, in der er ausführte, daß Rußland, wenn seine Landwirtschaft sich auf dem Stande von 1913 befunden hätte, im laufenden Jahr mit einer Mißernte hätte rechnen müssen. Rußland habe es aber verstanden, in diesem Jahre dank der wissenschaftlichen Erfolge in der Landwirtschaft einer drohenden Mißernte vorzubeugen und trotz ungünstiger Witterungsverhältnisse eine befriedigende Ernte zu erzielen. Das Land erzeuge täglich 200 Schlepper und jährlich 2000 Mährescher. Diese Erfolge, die nur durch die Entfaltung der Kollektivierung möglich gewesen seien, hätten ungeahnte Aussichten eröffnet.

Panik in einer Kirche

Zwei Tote, hundert Verletzte

WTB. Palermo, 3. November.

In der Basilika San Domenico entstand gestern bei einer kirchlichen Feier unter den vielen tausend Besuchern aus noch ungeklärter Ursache plötzlich eine Panik. Als die Menschenmengen sich in wilder Hast nach dem Ausgang der Kirche drängten, wurden zahlreiche Personen zu Boden getreten; etwa hundert wurden verletzt, unter ihnen 30 schwer. Eine alte Frau und ein Kind fanden den Tod.

Todesurteil in Weimar

Der Mord bei Bucha.

WTB. Weimar, 2. November.

Das Weimarer Schwurgericht verurteilte heute den 1861 im Landkreis Stadtroda geborenen landwirtschaftlichen Arbeiter Paul Dabber, der am 30. August in der Nähe der Windmühle bei Bucha die achtjährige Tochter eines Gutsarbeiters beraubt, zu vergewaltigen versucht und dann mit einem Strick erdrosselt hatte, zum Tode und wegen verschiedener schwerer Diebstähle und Sittlichkeitsverbrechen zu insgesamt 12 Jahren Zuchthaus. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm auf Lebenszeit aberkannt.

Die Bluttat eines Vaters

Der verwitwete Kaufmann Ferdinand Gramlich in Mauheim tötete in seiner Wohnung seine zwölfjährige Tochter Erika durch einen Pistolenschuß und schnitt seinem achtjährigen Töchterchen Ruth mit einem Rasiermesser die Kehle durch. Mit der gleichen Waffe schnitt er sich im Badezimmer den Hals durch. Die älteste Tochter entdeckte die entsetzliche Tat bei ihrem Heimkommen. Die Mutter der Kinder ist vor einem Jahr gestorben. Man nimmt an, daß Gramlich die Tat aus Schwermut begangen hat.

Kampf gegen Schmuggler

WTB. Aachen, 2. November.

Eine Schmugglerbande, die Kaffee über die Grenze brachte, wurde gestern bei Brand von Zollbeamten überrascht. Da sie Halterufe und Warnungsschüsse unbeachtet ließ und die Flucht ergriff, sahen sich die Beamten gezwungen, scharf zu schießen. Dabei wurde einer der Schmuggler, Gerhard Portsch aus Köln, durch einen Pistolenschuß schwer verletzt; er ist später im Krankenhaus zu Forst seiner Verwundung erlegen.

Einer anderen Schmugglerbande wurden von der Polizei 20 Zentner Getreide und acht Fahrräder weggenommen. Die Schmuggler sind in der Dunkelheit entkommen.

Kokainschmuggel mit — Mehl

Die litauische Polizei nahm zwischen Tilsit und Pogegen einige Schmuggler fest, die gerade im Begriffe standen, einem Memeler Agenten und einem litauischen Großhändler vier Flaschen zu übergeben, welche nach behördlicher Ansicht ein Kilo Kokain enthalten sollten. Bei der Untersuchung stellte sich das „gefährliche Gift“ als gewöhnliches Mehl heraus, das den beiden Kaufleuten aufgedreht werden sollte.

Es regnet 1000-Franken-Scheine

Am Bahnhof in Wilwisheim (Elsaß) fand man dieser Tage verschiedene Banknoten im Gesamtwerte von 1900 Franken. Trotz aller Nachforschungen konnte man den Ursprung des Geldes nicht ergründen, dagegen fand man in der Zwischenzeit noch drei 1000-Franken-Scheine. Am folgenden Tage entdeckte man auf dem Bahnkörper ein Stückchen einer weiteren 1000-Franken-Note. Nachdem es sich herausgestellt hat, daß man es hierbei mit echten Banknoten zu tun hat, raten die Wilwisheimer vergebens herum, wer ihnen die seltenen Scheine „vom Himmel habe regnen lassen“.

Milchkrieg in Irland

Da sich die Einwohner von Belfast geweigert haben, den mit Beginn der kalten Jahreszeit von den Milchlieferanten geforderten höheren Preis zu bezahlen, haben die Bauern von Ulster beschlossen, keine Milch mehr auf den Belfast Markt zu bringen. Die Milch muß nun aus Schottland herbeigeschafft werden. Die Transporte von Polizeimannschaften begleitet.

Kampf mit Briganten

In der Nähe von Ajaccio (Korsika) gerieten sechs langgesuchte Banditen mit den Insassen eines Polizeiautomobils zusammen, das in einen von den Banditen gestellten Hinterhalt geraten war. Bei der sich entspannenden Schießerei wurden der Führer der Bande und zwei Gendarmen getötet und der kommandierende Polizeileutnant schwer verletzt.

Die Gummi-Fische

Ein seltsames Spielzeug kennt man an den Ufern des Nils. Es handelt sich um den sogenannten Pahak-Fisch, der bei den Nilüberschwemmungen im zurückbleibenden Schlamm in großen Massen aufgefunden wird. Der Pahak-Fisch besitzt die Fähigkeit, sich wie eine Kugel aufzublasen. Die Fellenkinder trocknen diese Fische, blasen sie mit Luft auf und verwenden sie als billigen Ersatz für Gummibälle.

Der verschnupfte Fossil

Wir haben in der ersten Nummer der „SAZ“ einen Artikel des Vorsitzenden der Internationalen Artistenloge, Fossil, über die Lage des Artistenberufes veröffentlicht. Der Artikel war uns von einer Berliner Korrespondenz übermittelt worden. Jetzt protestiert Fossil im „Vorwärts“ gegen die Veröffentlichung. Er stellt dann mit großem Nachdruck fest, daß er „nach wie vor Mitglied der SPD“ sei. Aber im Anschluß daran sagt Fossil dann, daß seine Organisation „wie alle dem Allgemeinen freien Angestelltenbund angeschlossenen Verbände parteipolitisch neutral sei...“

Wie reimt sich das eigentlich zusammen? Und was aber sagen die Artisten zu ihren Führer, dem offenbar nur der „Vorwärts“ als die geeignete Stelle erscheint, gewerkschaftliche Interessen zu vertreten?

Der Wahnsinn unserer Gesellschafts„ordnung“

Eine erschütternde Bilanz

Im Herbst des Jahres 1931 beschlossen australische Viehhalter, den Schafbestand Australiens um insgesamt eine Million Tiere zu verringern. Entsprechend diesem Beschlusse wurden bisher rund 800 000 Schafe auf den verschiedensten Farmen getötet; ihre Kadaver wurden — ohne daß auch nur die Wolle geschoren worden wäre — verscharrt!

In den ersten acht Monaten des Jahres 1931 sind in Indien vorsichtigen Schätzungen britischer Zeitungen zufolge rund 600 000 Menschen verhungert!

Da die Heringsfänge in diesem Jahr außerordentliche Erfolge brachten, ohne daß aber die Möglichkeit bestand, den Fang zu verkaufen, haben bretonische Fischer etwa eine halbe Million Fische wieder ins Meer zurückgeschüttet.

In Kanada und in den landwirtschaftlichen Gegenden der USA liegen nach Meldungen amerikanischer Handelsblätter etwa sechs Millionen Bushel Weizen, die als unverkäuflich betrachtet werden müssen. In Kanada hat man daher bereits etwa zwei Millionen Bushel verbrannt, außerdem wird für die Ernte 1932 nur noch ein Drittel des verfügbaren Ackers bestellt werden!

Lloyds meldet, daß die in allen Häfen der Welt liegenden, außer Dienst gestellten Schiffe, für die Fracht und Passage nicht zu erhalten ist, insgesamt 1,2 Millionen Menschen aufnehmen und ihnen Unterkunft und Wohnung geben könnten!

China, das „Reich der Mitte“, treibt einer Katastrophe entgegen, wie sie die Welt kaum jemals gesehen haben dürfte: rund 100 Millionen Menschen sind obdachlos, 60 Millionen droht der Hungertod!

Die mexikanische Regierung hat Polizei und Militär aufgebeten zur sofortigen Durchführung einer Verordnung, nach der binnen 14 Tage die Millionen faulender Bananen und anderer Früchte vernichtet werden müssen, die in den Lagerhäusern aufgestapelt sind, da Absatz für sie nicht vorhanden ist!

In Ägypten wurden 100 000 Tonnen unverkäuflicher Baumwolle verbrannt. In Mittelamerika dienen Mais und Gerste zur Feuerung. In Brasilien wurden 70 000 Säcke Kaffee vernichtet.

In Deutschland leiden durch die Arbeitslosigkeit von 4,5 Millionen Menschen rund 12 Millionen Menschen bitterste Not... W. H.

Wer keine Wahl hat, hat die Qual

Von F. C. WEISKOPF

(Aus dem Novellenband „Der Traum des Friseurs Cimbara“, Copyright by Malik-Verlag, Berlin.)

2. Fortsetzung

Die Frauen, das ist auch so ein Kapitel! Zwar quengeln und unken sie nicht gerade oft, aber es genügt, ihnen zuzusehen, wie sie geduckt im Haus herumschleichen, wie sie das Brot schneiden, oder das Mehl wiegen! Hol's der Teufel! Da schaut man lieber, daß man so wenig wie möglich in der Stube ist!

Draußen ist Vorfrühling. Klar und schüchtern. Voller luftiger Gerüche und wasserheller Farben: weiß, lichtblau, hellgrün — Erdgeruch, Flußduft, Harzgeruch.

Aber so schön wie in den ersten Tagen, als sie einander noch verulkten, ist es doch nicht mehr:

„Wie der daliegt, schaut nur! Wie ein Graf! — Das paßt dir, Dicker, was?! Ordentlich rund wirst du vom vielen Faulenzen! Deine Alte sollte weniger Kartoffeln kochen...“

Oder beim Braten der Fische: „Klein ist aber so ein Fischchen, sakermert noch einmal!“

„Hättest es ja wachsen lassen können!“

Tja, — so ist es nicht mehr!

Dazu noch die kranke Frau. Weiß der Teufel, wie das gekommen ist! Hat doch früher nie was mit einer Krankheit zu tun gehabt, das Weibsbild!

Zwar: — überflüssiges Fett ist nie dageswesen, und die Rippen hat man auch immer gählen können... die reinste Hühnersteige! ... mit einem Wort, ein richtiger Windhund,

wie man so sagt! Aber in den Armen mehr Kraft als mancher ausgefressene Bauernlackel und voller Quecksilber! So quick und lebendig wie selten jemand, und jetzt mit einemmal...

Aber kenn du dich aus in den Krankheiten! Da liegt sie nun schon seit Monaten im Bett, das Gesicht gelb und ganz faltig — nur die Backenknochen haben solche rote Flecken und die Augenhöhlen sind dunkelblau —, und wendet einem nicht einmal mehr den Kopf zu, wenn man zur Tür hereinkommt.

Und jeden Morgen ist das Gesicht abgezehrter und der Körper verfallener und kümmerlicher als am Tage zuvor.

Als ob sie schmelzen würde!

Jaja, sie schmilzt, die Milada, kein Zweifel! Wie ein Stück Zucker, das ins Nasse geraten ist, — still, ohne viel Aufhebens sozusagen, aber unaufhaltsam.

Unheimlich! Teufel!

Wenn sie wenigstens ächzen würde, oder stöhnen, oder schreien, oder sich hin und herwerfen, oder husten. Aber nein, nichts von all dem tut sie. Still und regungslos liegt sie da, sagt kein Wort, döst mit halbgeschlossenen Augen vor sich hin, als ob sie jeden Augenblick in einen noch dumpferen, noch unheimlicheren Schlaf hinüberschauen wollte.

Nur einmal während der ganzen Zeit ist sie richtig wach geworden. Damals, als der Arzt sie ins Krankenhaus schaffen lassen wollte. Ins Krankenhaus gehe sie nicht! Dorthin

brächte man sie unter keinen Umständen! Auch mit Gewalt nicht! Und man solle es auch gar nicht erst versuchen, sonst laufe sie — im Hemd, wie sie sei — davon. In den Wald oder... oder geradenwegs ins Wasser.

„Jawohl, ins Wasser! Lieber ins Wasser als dorthin!“

So fiebrig erregt, daß er ihr — kopfschüttelnd zwar — den Willen gelassen hat und sie hier geblieben ist.

III.

Krankheit kostet Geld. Das ist eine alte Wahrheit. Je länger das Kranksein dauert, um so mehr Geld.

Das ist so altbekannt und selbstverständlich, daß man eigentlich... aber gerade hier liegt der Hund begraben:

„Hunger hab' ich während der fünf Wochen ja nicht gerade selten gehabt, und wenn Streik und Aussperrung noch lange weiter dauern — es sieht ganz danach aus! — werde ich wohl noch sehr lange nicht richtig satt werden. Aber verhungern... nein! Auch wenn der letzte Vorrat weg ist! Für mich und die Milada wird sich immer noch was zu essen finden! Für die Milada auch ein Tropfen Milch. — Sind ja gute Kerls, die Kameraden! Lassen einen nicht verkommen. Solange sie selbst noch was zu beißen haben, kommt auch auf uns zwei noch etwas.“

Verhungern... nein! Aber Geld? — Geld wird nicht aufzutreiben sein! Auch bei den besten Kameraden nicht! Haben ja selber keins!“

Mit dem „Moos“ sieht es also windig aus. Aber gerade das braucht man! Der Arzt

wird ja wahrscheinlich warten bis man wieder Arbeit hat, aber die Medizin nicht. Die will bar bezahlt sein. Und daß man den Apotheker um Kredit bitten könnte wie einen Schuster oder Bäcker, — dieser Gedanke kommt einem gar nicht.

Und dabei... hm... um die Wahrheit zu sagen... hm... hat die Medizin bisher eigentlich gar nichts genützt.

Da schluckt die Milada schon die ganze Zeit über diese Pillen und Tropfen und schmilzt einem doch weg... ja... bis sie eines Tages...

Da sprengt ein neuer Gedanke für einen Augenblick die Kette seiner Ueberlegungen: „Wenn die Medizin zu nichts nützt ist, — weshalb sie denn dann überhaupt noch kaufen?“

Für einen Augenblick nur. Dann wird er sofort verschucht. Aber nicht durch Schreck oder Scham oder gar Liebe. Nein!

Pulkrábek erschrickt nicht, denn es ist ja nicht das erstmal, daß er über die Krankheit seiner Frau nachdenkt (wie es so seine Art ist, langsam und bedächtig, als schichte er Ziegel im Ofen übereinander: jeder einzelne wird einmal hin und her gewendet, besehen, betastet, geprüft und in der Hand gewogen, bevor er seinen Platz bekommt!) und es ist auch nicht das erstmal, daß er zu dem Schluß gelangt, die Krankheit werde zweifellos ein schlimmes Ende nehmen.

Er schämt sich auch nicht, denn wie sollte er sich einer Erkenntnis schämen, die ihn das Leben selbst, dieses knauserige Ziegelarbeiterleben eingebläut hat, das seine Erkenntnisse grob und ungenügend, aber eindeutig und verständlich vor jeden hinziehmert. So zum Beispiel:

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft und Arbeit

Hoover greift wieder ein

Rettung für USA-Kapitalismus?

Der Abstieg in der Krise erfolgt nicht gradlinig, sondern in Stufen. Jede Stufe war gekennzeichnet durch eine Atempause, die weniger wirtschaftlich real begründet war, denn vielmehr als „Silberstreifen“ am Horizont der Illusionen gemalt wurde. So hatte auch der Youngplan durchaus nicht die erhofften Erfolge gebracht, um derentwillen die Koalitionsregierung Hermann Müllers Opfer um Opfer vom Proletariat forderte. So ist der Hooverplan ein ausgesprochen Mitterfolg gewesen: psychologisch und vor allem wirtschaftlich. Die Krise ist weiter gegangen, ist immer umfassender, immer tiefergehend geworden. Selbst die allgemeine Regel: „Es gibt immer einen Ausweg“, läßt die Ausnahme zu: Der Zerfall der Weltwirtschaft, das Gegenüber der kapitalistischen Kräfte wird so groß, daß im gegebenen Augenblick der an sich mögliche Ausweg nicht gefunden, daß er versäumt wird.

Aber Amerika hofft immer noch, eine „Insel“ im Sturm bleiben zu können. Hoover will jetzt einen Wirtschaftsplan vorlegen, der großzügig genug scheint, um auch unsere Aufmerksamkeit zu erregen. Der neue Hooverplan will eine Mobilisierung des amerikanischen Kapitals durch Bildung eines Fonds von zwei Milliarden Mark, um die zusammenbrechenden Banken u. Sanieren und die Bankgläubiger zu entschädigen. Die Erweiterung der Kreditvorschriften soll die äußeren Möglichkeiten dazu gewahren.

Praktisch bedeutet dieser Plan also eine Kreditausweitung zugunsten der besitzenden Klasse, die in den Besitz der Riesenwerte durch künstliche Kreditschöpfung gelangen soll. Diese Kreditausweitung muß in kurzer Zeit mit allen Wirkungen der Inflation in Erscheinung treten; sie dient nur dazu, totes, bereits abgeschriebenes Kapital zu galvanisieren und damit die eigentliche Problematik dieser Wirtschaftskrise: das Auseinanderklappen von Produktionsfähigkeit und Kaufkraft der Massen zu vertiefen.

Die Ankurbelung der Wirtschaft auf diesem Wege der Sanierung bankrotter Kapitalisten würde nicht einmal zu jener Schein-

blüte führen, die sonst mit allen inflationistischen Experimenten verbunden ist. Die einseitige Ausschüttung der neu zur Verfügung zu stellenden Mittel an die Kapitalbesitzer, Bank- und Hypothekengläubiger läßt den neuen Hooverplan nicht als einen gangbaren Rettungsweg des Kapitalismus erscheinen, sondern als eine Wunderkur, die in Deutschland der Prophet Weissenberg auf anderem Gebiete mit weißem Käse zu vollziehen pflegt. Es ist eine Illusion, wenn Hoover glaubt, durch solche Wunderkuren sich dem Absturz des kapitalistischen Systems entziehen zu können. Im Gegenteil: Hoover trägt zur weiteren Zerrüttung des kapitalistischen Systems mit solchen Experimenten bei.

Bergarbeiterführer Cook gestorben

London, 3. November.

Der Generalsekretär des englischen Bergarbeiterverbandes, Cook, der während des englischen Bergarbeiterstreiks eine bedeutende Rolle spielte, ist gestern morgen nach einer Operation gestorben.

Arthur James Cook wurde im Jahre 1884 in Wookley bei Wells-Somersat geboren. Cook, der 21 Jahre lang als Bergarbeiter tätig war, widmete sich frühzeitig den Organisationsfragen der Bergleute, bildete sich eifrig in seiner freien Zeit und trat zum ersten Male im Jahre 1912 während des großen Kohlenstreiks hervor, im Verlaufe dessen es durch sein Hintuzug gelang, eine Festsetzung des Minimallohnes für die Bergarbeiter zu erlangen. Im Jahre 1919 wurde er Mitglied des Exekutiv-ausschusses des Bergarbeiterverbandes in Süd-wales, zwei Jahre später trat er in die Exekutive der Bergarbeiterföderation von Großbritannien ein und wurde im Jahre 1924 deren Sekretär. Cook war auch Mitglied des Exekutiv-ausschusses der Labour Party. Im Vordergrund des Interesses war Cook während des Generalstreiks im Mai 1926. Er trat damals in engere Verbindung mit den russischen Gewerkschaften und wurde deshalb heftig angegriffen. Als das Experiment der englisch-russischen Zusammenarbeit scheiterte, trat er aus der Öffentlichkeit mehr zurück.

Vor mehreren Monaten mußte sich Cook einer Operation unterziehen, bei der ihm ein Fuß amputiert wurde.

Lebensmittel etwas billiger Aber Haushalt teurer

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstigen Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Oktober auf 133,1 gegenüber 134,0 im Vormonat; der Rückgang beträgt somit 0,7 v. H. An dem Rückgang sind hauptsächlich die Bedarfsgruppen Ernährung und Bekleidung beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indexziffern

für Ernährung um 1,2 v. H. auf 123,4, für Bekleidung um 1,2 v. H. auf 134,2, für „Sonstigen Bedarf“ um 0,4 v. H. auf 182,5.

Die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung ist um 0,9 v. H. auf 148,8 gestiegen; die Indexziffer für Wohnung hat sich nicht geändert.

In der Gruppe Ernährung sind hauptsächlich die Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren, Milch und Milchzucker sowie Gemüse zurückgegangen. Dagegen sind die Preise für Eier weiter gestiegen; auch die Preise für Brot haben im Reichsdurchschnitt etwas angezogen.

Der Rückgang des Teuerungsindex ist tatsächlich ein Trugbild, verursacht durch die falschen Berechnungsgrundlagen des Index. Tatsache ist, daß die Wohnungskosten höher als 1930 und weit höher als im konjunkturell noch günstigeren Jahre 1929 liegen. Ebenso sind für den Arbeiterhaushalt so wichtige Posten wie Verkehrsausgaben, Steuern und Beiträge usw. stark gewachsen. Die nicht bestreitbaren Preissenkungen begünstigen den begüterten Haushalt weit mehr als den knappen der Lohn- und Gehaltsempfänger. Der Index der Lebensmittelpreise sinkt, aber das Leben wird immer teurer und schwerer.

Hetze gegen die russische Wirtschaft mit Staatsmitteln

Das bekanntlich mit Staatsgeldern gespeiste, aber alles andere als arbeiterfreundliche Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit leistet sich in seinem Oktoberheft der „RKW-Nachrichten“ mal wieder einen Husarenritt. Es berichtet über den „Amsterdamer Weltkongress über sozialökonomische Planung“ und stellt fest, daß interessante Auseinandersetzungen zwischen „den Vertretern eines privatwirtschaftlichen und eines kollektiv-

wirtschaftlichen Planens“ stattgefunden haben. Es hält es für notwendig, „diesen Einbruch sehr ‚realer‘ Kräfte in die Welt des Kongresses festzuhalten.“ Nun geht es gegen Sowjetrußland los; der auch in deutscher Sprache erschienenen Materialbericht sei zwar gut lesbar, die „übersichtlich zusammengestellten Erfolgswerte haben freilich den großen Nachteil für die westliche Welt, daß man sie von hier aus nicht kontrollieren kann“. Schrecklich empfindet es das RKW, daß die Russen, vollkommen mit Recht, ihre Teilnahme am Kongress damit erklären, daß „von der Tribüne des Kongresses eine Aufklärung nicht nur der Vertreter der akademischen und technischen Intelligenz, sondern auch der breiten Massen der Arbeiterklasse über die Prinzipien und Resultate der sozialistischen Planwirtschaft möglich war“.

Das war für das RKW, das vermutlich durch seinen famoson Leiter Schäfer in Amsterdam vertreten war, doch zuviel! Das würde ja ein Eindringen objektiver Methoden in die subjektive kapitalistische planlose Wirtschaft bedeuten! Es hegt daher keinen Zweifel daran, daß die Aufklärungsarbeit nur bei „gewissen Bruchteilen der akademischen Intelligenz und bei jenem Teil der Arbeiterschaft, der ohnehin schon auf Sowjet-Rußland schwört, geglückt ist“. Aber für das RKW schaut „die überwältigende Mehrheit der Arbeitnehmer und ihrer Führer“ trotz dieser Aufklärungsarbeit nicht „fasziniert“ nach Osten, am wenigsten „die wirkliche Wirtschaft“, worunter vermutlich Nordwolle, Karstadt, Rheinstahl, Schultheiß usw. zu verstehen sind. Die russische Aufbauarbeit ist eine „eigenartige Mischung aus dem Geiste der reinen Theorie und den Instinkten halb- oder vollaasiatischer Menschen“. Und das RKW schließt diese herrlichen Ausführungen mit folgenden geradezu wilhelminischen Sätzen: „Mag dann, um mit dem amerikanischen Wirtschaftsjournalisten Knickerbocker zu reden, der rote Handel ‚drohen‘ oder ‚locken‘, die außerrussische Welt wird doch wohl noch Kraft in sich fühlen, ihr Wirtschaftsschicksal nach eigenen Gesetzen zu gestalten! (Im Original fett gedruckt und eingerückt!)“ Außerdem ist ja schließlich das an und für sich große Rußland mit seinen Trabanten immerhin nur ein kleiner Teil der übrigen bewohnten Erde.“ Das ist also die aus Reichsmitteln bezahlte „Wissenschaft“.

Sportschau der SAZ

Fußball in Sachsen

Zum falligen Bezirksspiel traten am vergangenen Sonntag Burgstadt-Limbach und Zwickau auf dem Platz des B.-L. an. Obgleich B.-L. einen 3:2-Sieg erringen konnte, war das Spiel beinahe ausgeglichen. Eine Entfaltungsmöglichkeit der einzelnen Spieler konnte unter den außerordentlich ungunstigen Bodenverhältnissen leider nicht aufkommen. In der ersten Halbzeit sendete B.-L. zweimal ein, während Zwickau trotz unsäglicher Mühe keinen Erfolg erzielen konnte. Bis zur Pause hieß das Resultat 2:0 für B.-L.

Nach Wiederbeginn drehte Zwickau unter Aufbietung aller Kräfte stark auf, und der Erfolg waren zwei Tore für Zwickau. Sicherlich wäre es zu einem „Unentschieden“ gekommen, wenn Zwickau den berechneten elf Meter verwandelt hätte.

Alles in allem gefiel das sehr fair durchgeführte Spiel den zahlreich erschienenen Zuschauern.

Mit diesem Spiel verbunden war gleichzeitig eine Werbung des Arbeiter-Sport-Gedankens, der sich bestimmt erfolgreich auswirken wird.

Mannschafts-Ringkampf in Breslau

Am vergangenen Sonntag wurden die Mannschaftskämpfe im Ringen fortgesetzt. Es traten in den Klassen A und B je vier Mannschaften an. Besonders spannende Kämpfe wurden in der A-Klasse geboten. Im Freundschaftskampf siegte Hauschild in 4.35 Minuten durch Schleudergewicht Hanke, 1911, war im Bantamgewicht durch Ueb. wurf über Sacher-Nordost siegreich. Einen unentschiedenen Ausgang nahm der Kampf der Federgewichtler Wagon, 1911, und Kosmehl, Nordost. Im Leichtgewicht siegte Gulke, Nordost, über Hanke, 1911. Durch Schleuder, Walloschke, 1911, bezwang Thomas, Nordost, in der Mittelgewichtsklasse durch Selbstfaller. Des weiteren konnte Schwarze, 1911, im Halbschwergewicht einen weiteren Erfolg gegen Labude, Nordost, durch Schulterschwingen buchen. Auch im Schwergewicht setzte sich Walloschke, 1911, gegen Gladke, Nordost, durch Schleudergewicht siegreich durch. Den letzten Kampf in der A-Klasse bestritt 1897, I und West 21 jedoch konnte West mit knappem Vorsprung die Vorrunde mit 7½ Punkten gegenüber 1897 mit 6½ Punkten für sich entscheiden.

Am nächsten Sonntag nehmen die Serienkämpfe im Mannschaftsringen im Bezirk Breslau ihren Fortgang. In der Turnhalle Wildestraße stehen sich in der A-Klasse in der Vorrunde gegenüber:

West 21 und 1911 — in der Vorrunde in der Klasse B: 1911, II und 1911, I. Schülerklasse Vor- und Rückrunde 1897 und Nordost 98, I.

Termin-Kalender Breslau

SV. Einigkeit. Donnerstag, 5. 11. 20 Uhr Monatsversammlung bei Schelenz.

Turner.

Bezirksleitung der Turnsparte. Sonnabend, 7. 11. Sitzung im Kartellbüro.

Wassersport.

Freie Rudervereinigung Breslau e. V. Freitag, 6. 11. 20 Uhr: Monatsversammlung im Gewerkschaftshaus. Vorstand 1 Stunde vorher.

Fußballsparte — Verhandlungs-Ausschuss Ladungen für den 9. November.

19.15 Uhr: Gen. Mohr (West), Proquite, Pfeil und Schiri Wiesner (Sparta).

19.30 Uhr: Vereinsvertreter VfR.

19.45 Uhr: Vereinsvertreter Wratislawia.

20.00 Uhr: Gen. Stempniewitz (Südost).

20.05 Uhr: Gen. Ulbrich (Stern).

20.10 Uhr: Schiri Hensel (Sparta).

20.15 Uhr: Vereinsvertreter FSB.

20.00 Uhr: Gen. Paul Thielsch, Hinke Oskar, Deger Paul, Beiler (VfB), Kleinert Fritz (Blauweiß), beide Spielführer vom Spiel am 27. 9. 31. Dazu Schiri Neumann (Falke).

20.45 Uhr: Kasper Erich (Fr. Sportfreunde), dazu Schiri Kottwitz (Union), Marschall (Rapid), Spindler (1924).

21.15 Uhr: Vereinsvertreter Rapid und 1930, dazu Roder Kurt (1930). Zeugen stellen die Vereine selbst.

21.45 Uhr: Vereinsvertreter Einigkeit.

22.00 Uhr: Vereinsvertreter Stern und Jugendleiter.

Allen Vereinen zur Kenntnis, daß die Verhandlungen eine Stunde früher beginnen. Schiri-Obmann Gen. Sänger erscheint um 19 Uhr.

Ausscheidungsspiele am 8. November 1931.

10.15 Uhr: Einigkeit I—VfL-Oels I (Spartaplatz 25); 8.45 Uhr: Südost I. Jug.—Sparta I. Jug. (Schlachthof 141).

Protestspiel am 8. November 1931.

14.00 Uhr: Herta II—Stern II (Gräbschen 75).

Gesellschaftsspiele am 8. November 1931.

15.00 Uhr: 1930 I—VfL I (Maria-Höfchen 222); 15.00 Uhr: Sil. Kick I—Wacker I (Stadion 131); 14.00 Uhr: Märzdorf I—Rosenthal I (Märzdorf 153); 15.00 Uhr: VfB I—1928 I (Oltaschin 10); 15.00 Uhr: Einheit I—Canth I (Brückenaue 158); 15.30 Uhr: Fr. Sportfr. I—Sturm I (Zankholzwiese 201);

15.30 Uhr: 1921 I—Rapid I (Bäckerteich 40); 15.30 Uhr: Tasmania I—VfK I (Riemannshöhe 216); 15.30 Uhr: Sparte I—Südost I

(Spartaplatz 143); 15.00 Uhr: Gr. Nädltz I—ZdA. I (Gr. Nädltz 205); 15.00 Uhr: Trebnitz I—Hundsfield I (Trebnitz 162); 15.00 Uhr: Adler I—Cawallen I (Steine 118); 15.00 Uhr: Stern I—FSB. I (Gräbschen 65); 15.00 Uhr: Eintracht I—Vorwärts I (Massewitz 32).

II. III. und IV. Mannschaften.

13.30 Uhr: 1930 II—VfL II (Maria-Höfchen, Union); 13.00 Uhr: Sil. Kick II—Wacker II (Stadion, Fr. Sportfr.); 13.30 Uhr: VfB II—1928 II (Oltaschin, FSB.); 13.30 Uhr: Einheit II—Canth II (Brückenaue, Vorwärts);

13.30 Uhr: Fr. Sportfr. II—Sturm II (Zankholzwiese, Pfeil); 13.30 Uhr: 1921 II—Rapid II (Bäckerteich, Einigkeit); 13.30 Uhr: Tasmania II—VfK. II (Riemannshöhe, Südost);

13.30 Uhr: Eintracht II—Vorwärts II (Massewitz, FSB.); 13.30 Uhr: Sparta II—Südost II (Spartaplatz, Herta); 13.00 Uhr: Gr. Nädltz II—ZdA. II (Gr. Nädltz, Stern);

13.30 Uhr: Trebnitz II—Hundsfield II (Trebnitz, 162); 13.30 Uhr: Adler II—Cawallen II (Steine, Hundsfield); 13.30 Uhr: Stern A. H.—FSB. A. H. (Gräbschen, Sturm); 14.00 Uhr: West A. H.—Cawallen A. H. (Eichenpark 1930); 14.00 Uhr: 1928 III—VfB. III (Goldschmieden, Falke); 13.00 Uhr: Sil. Kick. III—Wacker III (Stadion, Adler); 15.00 Uhr: Südost III—Eintracht III (Klettendorf, VfB.);

15.00 Uhr: Pfeil III—Union III (Zankholzwiese, VfL).

Jugend- und Schülermannschaften.

12.45 Uhr: Herta I. Jug.—Herrnprotsch I. Jug. (Gräbschen, Stern); 12.30 Uhr: Einheit I. Jug.—Canth I. Jug. (Brückenaue, Wacker); 13.30 Uhr: Südost II. Jug.—Eintracht II. Jug. (Klettendorf, Blauweiß); 12.30 Uhr: Adler I. Schül.—Cawallen I. Schül. (Steine, Verein).

Fußballnotizen.

Bezirksvorstand. Die Genossen Rösner (Pfeil), Pogripke (Falke), Meier (Südost), Marschall (Rapid) und Betticher (Canth) erscheinen am Mittwoch, den 11. November, 19 Uhr, im Bezirkslokal Piastenbräu. Das ausgearbeitete Serienmaterial ist bis Montag, den 9. November, an Genossen Walde zu übermitteln. Zur Sitzung, am 11. November hat der Bezirksvorstand zu erscheinen. Heute abend, 20 Uhr, Ladung des Genossen Grzmele nach dem Bezirkslokal Piastenbräu. Wichtige Sitzung.

Spielgegner gesucht. FT. Königszelt sucht für den 8. November 1931 Spielgegner nach Königszelt. Entschädigt wird halbe Fahrt auf Sonntagsfahrkarte. Anschriften sofort an Josef Sommer, Königszelt, Feldstr. 6.

Schiedsrichtervereinigung. Zu den Ausscheidungsspielen am 8. November haben folgende Vereine je einen geprüften Schiedsrichter als Liniennrichter zu stellen: Südost, VfB.,

1924 und VfL. Treffpunkt 8.15 Uhr bei Großer, Frankfurter Str. 112. Uhr und Vereinsjersey mitbringen. Mittwoch, den 4. November, 4. Kursusabend für Schiedsrichter im Bezirkslokal.

Eintracht-Massewitz. Freitag, 6. November, 20 Uhr, Vollversammlung bei Lukas. Theaterspieler bereits um 19 Uhr.

Waldlauf der Freien Turnerschaft Breslau e. V.

Der Geländelauf, welcher am Sonntag, dem 8. November im Oswitzer Wald von der Freien Turnerschaft durchgeführt wird, erfährt folgende Aenderung: Der Dammweg ist von der Gartenverwaltung nicht freigegeben worden. Die Laufstrecke für Männer, Fortgeschrittene, verkürzt sich deshalb um etwa 400 m, für den Hauptlauf um etwa 800 m, also 3800 m bzw. 7600 m.

Vereins-Jugendversammlung. Mittwoch, 4. November, im Gew. 19½ Uhr, Versammlung. Die Turnereinabteilung ist besonders eingeladen. Funktionäre eine Viertelstunde früher.

7. Männer-Abtlg. Wintersportler, Freitag, nach dem Turnen Versammlung. Meldung für Quartiere zu Weihnachten.

9. Männer-Abtlg. Dienstag, 3. November, müssen alle Wettturner bestimmt in der Turnhalle sein. — Sämtliche Handballspieler Mittwoch, 4. November, bei Rathmann, um 20 Uhr Handballversammlung.

Tennis-Abtlg. Der Treffpunkt aller Tennispieler im Winter ist jeden Mittwoch um 18 Uhr im Stadion zum Tischtennis. Am 11. November unser Tischtennisturnier. Meldungen an Gen. Grundke. Gespielt wird Jeder gegen Jeden. Meldeschluß 8. 11. Unser Turnbetrieb in der Ofener Turnhalle beginnt am Sonntag, 8. November, früh 9 Uhr. — 12. November, 20 Uhr, bei Koschik, Luisenstraße 13, Versammlung, nachher Beisammensein.

Handballserienspiele für den 8. November 31.

Männer, D-Klasse: 14.50 Uhr: 8. Abt.—1925 (Helmutwiese): Kretschmer; 14.30 Uhr: D. Lissa—Brieg (D. Lissa): Strehla; 14.40 Uhr: 6. Abt.—Strehlen (Ostpark): Weinert.

Jugend-Klasse: 13.50 Uhr: 1. Abt.—4. Abt. (Eichenpark): E. Gnieser; 13.50 Uhr: 9. Abt. gegen Freie Schwimmer (Gandau): Buchwald; 14.00 Uhr: 5. Abt.—1925 (Brückenaue): Heinrich; 14.30 Uhr: 7. Abt.—2. Abt. (Eichenpark): Breitscheidel; 14.30 Uhr: Stabelwitz gegen Sil. Kick. (Stabelwitz): Keusch.

Sportlerinnen: 15.00 Uhr: 2. Abt. gegen FSB. (Lohewiese): Krause; 15.00 Uhr: 4. Abtlg.—Herta-Brieg (Eichenpark): Rudnick; 15.00 Uhr: VfL—Sil. Kick. (Gandau): Fichte; 13.50 Uhr: 9. Abt.—3. Abt. I (Ostpark): Gewiese.

Schüler Westklasse: 10.00 Uhr: 6. Abt. gegen 1925 (Brückenaue): Verein; 10.00 Uhr: 7. Abt.—Sil. Kick. (Eichenpark): Verein; 9.00 Uhr: Nordost I—1. Abt. (Brückenaue): Verein; 10.00 Uhr: Nordost II—1925 II (Brückenaue): Verein.

Berliner Wohlfahrt

Kriegszustand zwischen Beamten und Unterstützungsempfängern

In den Büros der Berliner Wohlfahrtseinrichtungen herrscht seit Monaten ein latenter Kriegszustand, der in den letzten Tagen immer mehr zum offenen Krieg umzuschlagen droht. Da stehen auf der einen Seite die verzweifelten Menschen, zermürbt und ausgelaugt durch das Herumstehen auf Gängen und in Schreibstuben, von einem zum anderen geschickt, und hinter den Tischen sitzen Beamte, die gewiß kein leichtes Leben haben. Es ist längst zu einer Wissenschaft geworden, sich durch den Wust von Verordnungen und Ausführungsbestimmungen hindurchzufinden, die im Laufe dieses Jahres herausgekommen sind.

„In der Wohlfahrt muß gespart werden“

ist zum Gesetz des Handelns geworden, denn in der Wohlfahrt sind alle diejenigen beisammen, denen es am schlechtesten geht. Und wie immer in solchen Fällen: von oben her kommt der Druck und kommen die immer neuen und immer schärferen Bestimmungen, und dieser Druck verstärkt sich nach unten hin und findet seinen schärfsten Ausdruck im Achselzucken der ausführenden Beamten, die sich an das Elend am laufenden Band allmählich gewöhnt haben.

Aber die Fälle von offenen Zusammenstößen auf den Wohlfahrtsämtern häufen sich.

Selten nur dringt die Nachricht über die Dienstzimmer hinaus, aber wer mit der Wohlfahrt und den dort beschäftigten Beamten zu tun hat, der weiß Bescheid.

Anstatt nun diese Zusammenstöße als ein ernsthaftes Sturmzeichen zu betrachten und die Wohlfahrtspflege aus einem Institut zur Schikanierung der Ärmsten der Armen in eine wirkliche Hilfsstelle für soziale Bedürftige umzuwandeln und das Recht auf eine angemessene Unterstützung an den Beginn aller Betrachtungen und Taten zu stellen, geht man dazu über, die Wohlfahrtsämter der Stadt Berlin in Polizeilager zu verwandeln.

Nicht nur, daß überall in den Wohlfahrtsämtern Polizei stationiert ist, was man als eine rein vorbeugende Maßnahme betrachten könnte — obwohl die Anwesenheit von Polizei immer mehr Konfliktstimmung schafft als vorher schon vorhanden war —, in der letzten Zeit veranlaßt man die diensttuenden Beamten und Angestellten, sich zu bewaffnen, damit sie in der Lage sind, gegenüber unzufriedenen Wohlfahrtsempfängern sich selbst zu verteidigen. Wenn es also vorkommt — wie kürzlich auf dem Büro einer Berliner Wohlfahrtseinrichtung —, daß ein Besucher, der einige Mark Unterstützung holen wollte und dem man kein Geld, sondern einen Brotlaib gab, dieses Brot dem diensttuenden Beamten an den Kopf wirft, dann wird dieser Beamte den Schlagring, das Dolchmesser oder gar den Revolver ziehen, — und was bei solchen Szenen dann herauskommt, das kann sich jeder Eingeweihte vorstellen.

Ist erst einmal die Selbstjustiz als eine regelmäßige Erscheinung auf einem städtischen Amt eingeführt, dann ändert sich das Verhältnis zwischen den diensttuenden Beamten und dem hilfesuchenden Publikum noch rascher und stärker, als dies bisher schon geschehen ist, und aus dem latenten Kriegszustand, der auf allen Berliner Wohlfahrtsämtern herrscht, wird der offene Krieg.

Zweifellos sind die diensttuenden Beamten und Angestellten in keiner allzu rosigen Lage. Sie haben das Ergebnis der in Ministerien und Magistratskommissionen betriebenen Paraphenschesterei weiterzuleiten und einem Menschen, der seit Tagen kein warmes Essen im Bauch hat oder dessen Familie zu Hause mit Schmerzen auf die paar Mark Unterstützung wartet, auseinanderzusetzen, daß er laut Paragraph soundso der Notverordnung soundso und gemäß den Ausführungsbestimmungen des Berliner Magistrats gar nicht bedürftig ist und daher keine Unterstützung bekommt. Dabei ist es in der breiten Öffentlichkeit gar nicht bekannt,

in welcher unglaublicher Weise in den letzten Monaten ein Abbau der Unterstützungen und eine Beseitigung bisheriger Ansprüche auf Unterstützung erfolgt ist.

Selbst die Vertreter der Parteien im Reichstag wie im Stadtparlament sind häufig gar nicht im Bilde, was alles abgebaut worden ist, denn wenn in einer Vorlage steht: „§ 16 zu Ziffer 2 wird gestrichen und durch Artikel 6, § 5, Ziffer 7, Absatz 9 der Verordnung vom 29. 6. 31 ersetzt“, so bleibt es in neunzig von hundert Fällen das Geheimnis der Bürokratie, was nun abgebaut worden ist. Die Wohlfahrtsempfänger aber, die in der Zeitung nichts davon gelesen haben, daß ihre Unterstützung

beseitigt oder gekürzt wurde, glauben an Niedertracht und Schikane der ausführenden Beamten, sie rebellieren und machen Krach, und je länger die Krise andauert, um so gereizter wird die Stimmung.

Dazu kommt noch, daß in der allerletzten Zeit die Sparsamkeit der Bürokratie sich in einer Art und Weise ausgetobt hat, die man direkt gemeingefährlich nennen kann.

Die Herrschaften begnügen sich nicht mit finanziellen Erwägungen, sondern werden moralisch und hängen

ihren Verschlechterungen der geltenden Bestimmungen das Mäntelchen sittlicher Entrüstung um. So wird in der neuesten Verfügung vom 26. Oktober 1931

der Versuch gemacht, durch Schaffung des Begriffs einer Notgemeinschaft sämtlicher in einem Haushalt befindlichen Personen die Familie als Wirtschaftseinheit zu retten oder vielmehr neu zu schaffen.

Wir werden auf diesen Streich einer verbotenen, reaktionären Bürokratie noch ausführlicher eingehen. LUX.

Der Staat ist in Gefahr!

Im Sommer war in Berlin die Bauausstellung. Und im Frühling gab es die Notverordnung vom März, die zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen. Und in Halle gibt es eine Jugendgruppe des Einheitsverbandes für das Baugewerbe, die ein Lastauto mietete und nach Berlin zur Bauausstellung fahren wollte. Ein Maschinist, der als „Verantwortlicher“ die Fahrt veranstaltete, ging zur Hallenser „IA“ und hörte dort, daß er die Fahrt bei den Regierungspräsidenten in Merseburg und in Potsdam anmelden müsse; er tat es und bekam die Bewilligungen. Daß das also übergangene Berliner Polizeipräsidium, in dessen Gebiet ja die Bauausstellung liegt, auch noch einen dritten Passierschein hätte ausstellen müssen, daran dachte niemand.

In Potsdam wird der Wagen angehalten, die Bewilligung vorgezeigt, die Reise kann weitergehen. Aber nur bis Steglitz, wo die Polizei die wissensdurstige Bauarbeiterjugend in Empfang nimmt und nach dem „Alex“ bringt, wo ja immerhin auch einiges zuzulernen ist.

So kam es, daß der Maschinist auch noch eine Herbstreise nach Berlin-Moabit machen mußte, um sich zu verantworten. Staatsanwalt und Richter sind sich einig, daß es das Einfachste und Klügste wäre, den Angeklagten laufen zu lassen, aber die Paragraphen lassen das nicht zu. Daß die Fahrt „politisch“ aufgezogen gewesen sei oder das Lastauto mit Fahnen oder Transparenten versehen gewesen sei, wird auch in der Anzeige der Polizei nicht behauptet.

Nach längerer Beratung zwischen Richter und Staatsanwalt wird die Verhandlung vertagt, wobei der Richter dem angeklagten Maschinisten rät, für den Fall eines notwendigen neuen Termins kommissarische Vernehmung durch das Amtsgericht in Halle zu beantragen, um ihm ein drittes Mal Berlin zu ersparen.

Hoffen wir, daß in gemeinsamer Beratung mehrerer Instanzen ein Weg gefunden wird, das Verfahren niederzuschlagen, um dem Maschinisten die in der Notverordnung als Mindeststrafe vorgesehenen 3 Monate Gefängnis zu ersparen. — Eine genauere Auskunft in Halle oder eine entsprechende Warnung in Potsdam, daß sie mit der Bahn zur Ausstellung weiterfahren sollen, hätte alles erspart!

Robby.

Sämtliche Mitglieder der Zeitungs-Kommission müssen Mittwoch, den 4. November, um 19½ Uhr, im Parteibüro zu einer wichtigen Sitzung erscheinen.

Jeder einmal bei Sklareks

Wahrhaftig, es ist an der Zeit, daß man der schönen Werbeparole „Jeder einmal in Berlin!“ eine andere zur Seite stellt: „Jeder einmal bei Sklareks!“ Ja, jeder sollte einmal zu einer Sklarekverhandlung gehen, — damit er sich davon überzeugt, mit wieviel Fahrlässigkeit und wie wenig Intelligenz die „Beauftragten des Volkes“ die Geschäfte einer so großen Kommune führen können. Die Beauftragten des Volkes — die mit diesem Volke in Wahrheit nichts anderes mehr gemein haben, als daß sie auf seinem Rücken hoch genug gekommen sind, um jeder Kontrolle ihrer Auftraggeber entrückt zu sein.

Da ist zum Beispiel der Kommunist Gabel, ehemaliger Stadtrat. Der fand nichts dabei, einen Monopolvertrag zu entwerfen, der die Stadt auf weitere fünf Jahre an die Firma Sklarek band, der Firma das alleinige Lieferungsrecht auf alle Bekleidungs- und Textilwaren für alle städtischen Dienststellen gab, — und er begriff auch heute noch durchaus nicht, daß der Vorsitzende angesichts seiner engen Freundschaft mit Leo Sklarek nicht daran glauben kann, daß diese Bevorzugung der Firma Sklarek nur von sachlichen Erwägungen diktiert worden sei. Er gab sich alle mögliche Mühe um das Zustandekommen des Vertrages: Er holte das Gutachten der Finanzverwaltung ein — das kriegte er glatt, er setzte eine Besichtigung des Sklarekschen Lagers an, die lange verschoben wurde, bis sie bei ihm und dem Bürgermeister Scholz in Vergessenheit geriet —, und er ging schließlich zu der Stadträtin Weyl, damit sie in Vertretung der beiden verneinten Bürgermeister den Vertrag unterzeichnet. Und die sozialdemokratische Stadträtin hatte durch-

Wieder ein Opfer der Krise?

Gestern früh gegen 6.30 Uhr wurde etwa 150 Meter westlich von Bahnhof Stratau-Rummelsdorf auf den Gleisen der Reichsbahn die Leiche eines etwa 18jährigen unbekanntem jungen Mannes aufgefunden, die furchterlich zugerichtet war. Der Kopf war vom Rumpf getrennt, der Hinterkopf zerquetscht. Die Leiche bot einen schauerlichen Anblick. Der Unglückliche hat sich offenbar in selbstmörderischer Absicht vor einen Zug geworfen. Welche Umstände ihn zu diesem Schritt getrieben haben, ist ebensowenig bekannt, wie es seine Personalien sind. Aus einem Schriftstück, das er bei sich trug, ist zu schließen, daß er aus Leipzig-Wahren stammt.

Die Notzeit macht Räuber

Am Montag nachmittag drangen zwei junge Burschen mit Pistolen in den Händen in das Verwaltungsbüro der städtischen Kleinhaus-Siedlung, Dammweg, ein und raubten dort ungefähr 3000 Mark Mietgelder. Den 64jährigen Verwalter der Siedlung hielten sie mit der Waffe im Schach. Es gelang ihnen, unerkannt zu entkommen.

Um die gleiche Zeit klingelten im Hause Skalitzer Straße 66 zwei junge Leute an einer Wohnungstür, fragten die öffnende Frau, ob ihr Mann zu Hause wäre, und drangen, als ihnen diese Frage verneint wurde, in die Wohnung ein. Die Frau schlugen sie zu Boden und gingen dann daran, die Wohnung nach Wertsachen zu durchsuchen. Ein Hausbewohner hörte den Tumult, den die beiden Räuber anrichteten, kam in die Wohnung und griff den einen an, wobei er sich auch durch die ihm vorgehaltene Pistole nicht beirren ließ. Es gelang ihm, diesen Räuber der Polizei zu übergeben, während der andere entkam. Die überfallene Frau mußte, da sich die Kopfwunden, die ihr zugefügt worden waren, als erheblich erwiesen, dem Krankenhaus zugeführt werden.

Die Brüder sind dicht!

Die Brüder S a s s, seit dem denkwürdigen Tresoreinbruch am Wittenbergplatz besonderer Liebling der Berliner Kriminalpolizei, wurden gestern erneut in Haft genommen. Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung ihrer Eltern in der Birkenstraße wurden zahlreiche Geräte zur Herstellung falscher Zehnmarkscheine vorgefunden. Die Brüder S a s s wurden darauf dem Vernehmungsrichter vorgeführt, haben aber ihre Aussage verweigert — eine Taktik,

SJV Bezirk Berlin

Berlin SO 55, Prenzlauer Allee 31, Hof II. — 1. Vorsitz: Georg Kötter, 2. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 3. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 4. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 5. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 6. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 7. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 8. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 9. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 10. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 11. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 12. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 13. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 14. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 15. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 16. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 17. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 18. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 19. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 20. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 21. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 22. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 23. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 24. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 25. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 26. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 27. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 28. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 29. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 30. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 31. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 32. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 33. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 34. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 35. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 36. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 37. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 38. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 39. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 40. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 41. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 42. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 43. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 44. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 45. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 46. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 47. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 48. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 49. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 50. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 51. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 52. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 53. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 54. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 55. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 56. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 57. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 58. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 59. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 60. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 61. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 62. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 63. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 64. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 65. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 66. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 67. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 68. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 69. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 70. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 71. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 72. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 73. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 74. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 75. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 76. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 77. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 78. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 79. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 80. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 81. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 82. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 83. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 84. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 85. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 86. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 87. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 88. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 89. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 90. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 91. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 92. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 93. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 94. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 95. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 96. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 97. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 98. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 99. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 100. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 101. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 102. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 103. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 104. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 105. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 106. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 107. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 108. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 109. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 110. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 111. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 112. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 113. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 114. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 115. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 116. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 117. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 118. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 119. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 120. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 121. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 122. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 123. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 124. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 125. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 126. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 127. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 128. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 129. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 130. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 131. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 132. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 133. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 134. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 135. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 136. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 137. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 138. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 139. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 140. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 141. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 142. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 143. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 144. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 145. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 146. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 147. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 148. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 149. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 150. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 151. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 152. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 153. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 154. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 155. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 156. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 157. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 158. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 159. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 160. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 161. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 162. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 163. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 164. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 165. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 166. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 167. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 168. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 169. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 170. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 171. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 172. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 173. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 174. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 175. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 176. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 177. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 178. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 179. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 180. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 181. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 182. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 183. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 184. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 185. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 186. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 187. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 188. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 189. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 190. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 191. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 192. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 193. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 194. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 195. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 196. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 197. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 198. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 199. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 200. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 201. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 202. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 203. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 204. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 205. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 206. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 207. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 208. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 209. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 210. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 211. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 212. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 213. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 214. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 215. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 216. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 217. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 218. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 219. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 220. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 221. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 222. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 223. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 224. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 225. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 226. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 227. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 228. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 229. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 230. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 231. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 232. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 233. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 234. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 235. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 236. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 237. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 238. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 239. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 240. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 241. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 242. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 243. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 244. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 245. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 246. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 247. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 248. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 249. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 250. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 251. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 252. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 253. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 254. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 255. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 256. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 257. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 258. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 259. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 260. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 261. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 262. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 263. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 264. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 265. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 266. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 267. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 268. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 269. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 270. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 271. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 272. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 273. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 274. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 275. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 276. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 277. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 278. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 279. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 280. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 281. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 282. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 283. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 284. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 285. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 286. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 287. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 288. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 289. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 290. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 291. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 292. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 293. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 294. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 295. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 296. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 297. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 298. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 299. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 300. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 301. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 302. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 303. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 304. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 305. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 306. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 307. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 308. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 309. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 310. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 311. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 312. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 313. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 314. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 315. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 316. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 317. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 318. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 319. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 320. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 321. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 322. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 323. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 324. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 325. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 326. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 327. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 328. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 329. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 330. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 331. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 332. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 333. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 334. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 335. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 336. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 337. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 338. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 339. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 340. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 341. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 342. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 343. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 344. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 345. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 346. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 347. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 348. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 349. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 350. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 351. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 352. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 353. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 354. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 355. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 356. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 357. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 358. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 359. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 360. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 361. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 362. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 363. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 364. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 365. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 366. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 367. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 368. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 369. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 370. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 371. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 372. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 373. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 374. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 375. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 376. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 377. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 378. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 379. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 380. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 381. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 382. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 383. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 384. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 385. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 386. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 387. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 388. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 389. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 390. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 391. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 392. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 393. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 394. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 395. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 396. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 397. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 398. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 399. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 400. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 401. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 402. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 403. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 404. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 405. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 406. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 407. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 408. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 409. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 410. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 411. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 412. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 413. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 414. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 415. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 416. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 417. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 418. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 419. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 420. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 421. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 422. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 423. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 424. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 425. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 426. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 427. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 428. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 429. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 430. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 431. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 432. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 433. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 434. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 435. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 436. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 437. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 438. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 439. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 440. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 441. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 442. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 443. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 444. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 445. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 446. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 447. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 448. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 449. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 450. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 451. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 452. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 453. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 454. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 455. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 456. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 457. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 458. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 459. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 460. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 461. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 462. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 463. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 464. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 465. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 466. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 467. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 468. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 469. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 470. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 471. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 472. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 473. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 474. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 475. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 476. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 477. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 478. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 479. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 480. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 481. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 482. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 483. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 484. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 485. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 486. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 487. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 488. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 489. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 490. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 491. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 492. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 493. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 494. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 495. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 496. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 497. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 498. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 499. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 500. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 501. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 502. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 503. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 504. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 505. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 506. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 507. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 508. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 509. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 510. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 511. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 512. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 513. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 514. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 515. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 516. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 517. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 518. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 519. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 520. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 521. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 522. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 523. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 524. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 525. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 526. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 527. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 528. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 529. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 530. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 531. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 532. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 533. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 534. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 535. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 536. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 537. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 538. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 539. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 540. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 541. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 542. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 543. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 544. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 545. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 546. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 547. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 548. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 549. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 550. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 551. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 552. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 553. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 554. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 555. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 556. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 557. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 558. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 559. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 560. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 561. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 562. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 563. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 564. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 565. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 566. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 567. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 568. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 569. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 570. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 571. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 572. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 573. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 574. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 575. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 576. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 577. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 578. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 579. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 580. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 581. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 582. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 583. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 584. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 585. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 586. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 587. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 588. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 589. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 590. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 591. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 592. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 593. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 594. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 595. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 596. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 597. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 598. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 599. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 600. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 601. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 602. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 603. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 604. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 605. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 606. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 607. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 608. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 609. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 610. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 611. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 612. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 613. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 614. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 615. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 616. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 617. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 618. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 619. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 620. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 621. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 622. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 623. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 624. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 625. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 626. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 627. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 628. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 629. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 630. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 631. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 632. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 633. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 634. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 635. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 636. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 637. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 638. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 639. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 640. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 641. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 642. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 643. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 644. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 645. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 646. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 647. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 648. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 649. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 650. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 651. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 652. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 653. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 654. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 655. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 656. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 657. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 658. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 659. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 660. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 661. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 662. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 663. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 664. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 665. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 666. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 667. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 668. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 669. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 670. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 671. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 672. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 673. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 674. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 675. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 676. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 677. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 678. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 679. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 680. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 681. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 682. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 683. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 684. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 685. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 686. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 687. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 688. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 689. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 690. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 691. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 692. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 693. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 694. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 695. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 696. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 697. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 698. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 699. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 700. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 701. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 702. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 703. Vorsitz: Fritz Mitzsch, 704. Vorsitz:

Christentum und Staat

Von Jean Jacques Rousseau

Man behauptet gegen uns, daß ein Volk von wahren Christen die vollkommenste Gesellschaft sein würde, die sich denken ließe. Bei dieser Annahme sehe ich nur eine große Schwierigkeit: nach meinem Erachten würde eine Gesellschaft von wahren Christen keine Gesellschaft von Menschen mehr sein.

Ich behaupte sogar, daß eine derartige Gesellschaft trotz aller ihrer Vollkommenheit weder die stärkste noch die dauerhafteste sein würde. Infolge ihrer Vollkommenheit würde es ihr an Verbindung und Zusammenhang fehlen; ihre Vollkommenheit selbst würde ihren Untergang herbeiführen.

Jeder würde seine Pflicht erfüllen, das Volk würde den Gesetzen gehorsam, die Oberhäupter würden gerecht und gelind, die Beamten sittenrein und unbestechlich sein. Die Soldaten würden den Tod verachten; es gäbe weder Eitelkeit noch Luxus. Das ist alles höchst vortrefflich, aber sehen wir uns ein wenig weiter um.

Das Christentum ist eine durchaus geistige Religion, die sich einzig und allein mit himmlischen Dingen beschäftigt; die Heimat des Christen ist nicht hierieden. Er erfüllt allerdings seine Pflicht, aber er tut sie mit der tiefsten Gleichgültigkeit gegen den guten oder bösen Ausgang seiner Bestrebungen. Sobald er sich keinen Vorwurf zu machen braucht, so kümmert es ihn wenig, ob hierieden alles gut oder übel geht. Befindet sich der Staat in blühendem Umstande, so hat er kaum den Mut, die allgemeine Glückseligkeit zu genießen; er ist besorgt, den Ruhm seines Landes stolz zu werden; geht der Staat zu Grunde, so segnet er die Hand Gottes, die schwer auf seinem Volke ruht.

Damit eine solche Gesellschaft im Frieden lebe und ihre Eintracht sich erhielt, müßten sämtliche Bürger ohne Ausnahme gleich gute Christen sein; fände sich indessen unglücklicherweise unter ihnen auch nur ein einziger Ehrgeiziger, ein einziger Heuchler, etwa ein Catilina oder ein Cromwell, so würde er seinen frommen Landsleuten sicherlich übel mitspielen. Die christliche Liebe gestattet nicht, sofort Böses von seinem Nächsten zu denken. Sobald er durch irgendeine List die Kunst entdeckt hat, sie hinter das Licht zu führen und einen Teil der Staatsgewalt an sich zu reißen, so hat er seine Würde gesetzmäßig erlangt. Gott verlangt, daß man ihn achte. Nun steht er als eine Macht da, und es ist Gottes Wille, daß man ihm gehorche. Mißbraucht der Träger einer solchen Gewalt diese, so ist er die Geißel, mit der Gott seine Kinder züchtigt. Man würde sich ein Gewissen daraus machen, den Usurpator zu verjagen; man müßte die öffentliche Ruhe stören, Gewalt anwenden und Blut vergießen, was mit der christlichen Sanftmut schlecht vereinbar ist. Und von dem allen abgesehen: was liegt auch wohl daran, ob man in diesem Jammerdale ein freier Mann oder ein Sklave ist? Die Hauptsache ist, ins Himmelreich zu kommen, und dazu ist Entsagung nur ein Mittel mehr...

Ich irre mich indessen, wenn ich von einer christlichen Republik rede, jedes dieser Worte schließt das andere aus. Das Christentum predigt Knechtschaft und Unterwürfigkeit. Sein Geist ist der Tyrannei zu günstig, als daß sie nicht immer suchen sollte, daraus Gewinne zu ziehen. Die aufrichtigen Christen sind dazu geschaffen, Sklaven zu sein, sie wissen es auch und beunruhigen sich darüber nicht, da dieses kurze Erdenleben einen zu geringen Wert in ihren Augen hat.

Abbau dem Abbau!

Am 1. Januar wurde ich abgebaut. Sie werden böse, daß ich es überhaupt wage, Sie mit solchen Alltäglichkeiten zu behelligen? Ja, Sie haben recht, Abbau ist eine typische Erscheinung des kapitalistischen Modells, der uns alle seine Errungenschaften aufzwingt. Aber der einzelne — wie wird er mit dieser Perspektive fertig? Kann man dieser Aussicht eigentlich noch anders als mit Zynismus begegnen? Angesichts des beispiellosen Zynismus, mit dem unsere Wirtschaftskapitäne uns auf die Straße setzen?

Sie sagen, diese Kapitäne könnten nun mal nicht anders? Eine Gegenfrage: billigen Sie es, daß der Kapitän eines defekten, dem Untergang geweihten Schiffes alle Passagiere über Bord werfen läßt, um so das sinkende Wrack zu retten? In diesem Prozeß stehen wir: die hilflosen Wirtschaftskapitäne stehen hoch oben auf der Kommandobrücke des versackenden, kapitalistischen Kahns und sind damit beschäftigt, allen lebenden Ballast über Bord zu werfen. Ich wundere mich über die Frechheit, mit welcher diese Herren eine offensichtlich verlorene Sache noch zu halten versuchen. Sie sind gewiß sehr sehr rührig. Unsere Industrie-Konzerne entfalten eine ungeheure Tätigkeit —

Tönende Wochenschau (Nr. 1-3000)

Von Alice Ekert-Rothholz

Wenn der Mensch nichts mehr hat, hat er wenigstens Sorgen
und die schöne, tönende Wochenschau...
Wer wird uns diesen Winter das Kinogeld borgen?

Wir Leute, die abends ins Kino gehn,
dürfen uns als Monumentalfilm bescha.
Magen flau. Zukunft grau.
Schau die schöne Wochenschau:
„Deutscher Heldenflieger kocht in Afrika unter lauter Kaffern
deutsches Apfelmus.“

Wir sehn uns das an. Und bewundern es stumm.
Wir fliegen bloß raus... Und der fliegt noch rum!

Wir Leute, die abends ins Kino gehn,
dürfen dort ff. Wunder der Technik besehn.
Magen flau. Zukunft grau.
Schau die schöne Wochenschau:
„In Butter gebratener deutscher Erfinder erfindet den praktischen
deutschen Gashernd mit Musikvorrichtung.“

Wir sehn uns das an. Und bewundern es stumm.
Wir sind so müde... Und die Technik rast rum!

Wir Leute, die abends ins Kino gehn,
dürfen drei Heldenboxer pro Woche besehn.
Magen flau. Zukunft grau.
Schau die schöne Wochenschau:
„Meisterboxer (Produkt der deutschen Stahlwerke) haut USA Gegner
mit deutscher Stoßkraft.“

Wir sehn uns das an. Und wundern uns stumm.
Wir sind doch knockout! — Und der boxt noch rum?

Wir Leute, die abends ins Kino gehn,
dürfen dort deutsche Kriegssport-Bilder besehn.
Herzen grau. Zukunft grau.
Schau die schöne Wochenschau:
1) Modell-Panzerkreuzer. 2) Parademarsch. 3) Es kommt Hitler.
...„Klatsch doch mal! — Faabelhaft!“

Wir sehn uns das an. Und nicken ganz stumm...
Unserer modert in Belgien!! — Und die proben rum!

Wir Leute, die abends ins Kino gehn,
dürfen Deutschland in Prachtausgabe besehn.
Uns persönlich sinkt der Mut in die Hose.
Doch die Wochenschau hebt uns. Ins Ufalose.
Magen flau. Zukunft grau.
Wochenschau bleibt:
Heldenschau.

namentlich in den Personalbüros. Da sitzt ein Heer schwerarbeitender Männer, die sich nur mit der Frage beschäftigen: wen können wir denn nun wieder abstoßen? Sie schwitzen über riesigen Karthoteken und streichen und liquidieren — und diktieren kilogrammweise Abbaubriefe. Diese Herren, aus deren Geheimfonds die hakenkreuzlerischen Kapitalschutztruppen gespeist werden, behaupten immer wieder, sie machten keine Geschäfte mehr. Ja, aber warum, so frage ich, halten sie denn an ihrem Wirtschaftssystem so fest, wenn es keine Profite mehr abwirft??

Ich bin nur einer von denen, die am 1. Januar abgebaut werden. Die Begründung lautet: es müßten 25 Prozent der jetzigen Unkosten eingespart werden. Ich habe einmal nachgedacht über den Begriff: Unkosten.

Unkosten: ermöglichen sie nicht erst die Profite? Das elektrische Licht etwa, die Kunden anzulocken und, nachdem sie angelockt sind, ihnen Waren verkaufen zu können? Wird nicht die Miete für den Zweck bezahlt, das Geschäft in einem bestimmten Raum abwickeln zu können? Und die Repräsentationskosten des Direktors?

Alle Unkosten ermöglichen erst die Basis, auf der sich das Geschäft aufbaut, anscheinend mit einer einzigen Ausnahme: wenn sie von abhängigen, dienenden Menschen verursacht werden.

Vier Menschen: dieses Faktum bringt die kapitalistische Arithmetik auf die Gleichung: 25 Prozent. Die Unkosten sollen um 25 Prozent gesenkt werden, also werden vier Menschen aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet. Der arbeitende Mensch rangiert zwischen Miete, elektrischem Licht und Repräsentationsunkosten. Und ausgerechnet diese Herren, die die Arbeitenden aus der ihnen zustehenden Rolle des Subjekts in die des Objekts verwiesen haben, beklagen sich heute noch über die Vorherrschaft des Materialismus. Die größten Materialisten wollen dem Volke den Glauben an das Gute und Schöne erhalten. Ob ich nur deshalb Sozialist bin, weil mir der sechste Sinn zum spiritistischen Begreifen der göttlich-kapitalistischen Weltordnung fehlt?

Ich kann mir nicht helfen in meiner Respektlosigkeit vor dem Kapitalismus: ich sehe im Träger eines Menschenantlitzes leider mehr als nur eine Nummer in der Prozentrechnung.

Aber über diese Sorgen, mich niemals in der kapitalistischen Denkweise zurecht finden, will ich doch nicht meine Freude vergessen, wenigstens am 1. Januar zum Märtyrer des Kapitalismus zu avancieren.

Ein Abbau ist den anderen wert. Ich werde dann mehr Zeit haben, in einer Millionenarmee am Abbau eines Wirtschaftssystems mitzuhelfen, dem wir unseren Abbau zu verdanken haben.
Herbert Dückstein.

auch ist es unpatriotisch, fremde Waren zu kaufen, daher muß das Ausland einheimische, also unsere Waren konsumieren, weil wir sonst nicht konkurrenzfähig sind. Wenn der Export andersrum geht, heißt er Import, welches im Plural eine Zigarre ist. Weil billiger Weizen ungesund und lange nicht so bekömmlich ist wie teure Gerste, haben wir den Schutzzoll, der den Zoll schützt sowie auch die Landwirtschaft. Die Landwirtschaft wohnt seit 25 Jahren am Rande des Abgrunds und fühlt sich dort ziemlich wohl. Sie ist verschuldet, weil die Schwerindustrie ihr nichts übrig läßt, und die Schwerindustrie ist nicht auf der Höhe, weil die Landwirtschaft ihr zuviel fortnimmt. Dieses nennt man den Ausgleich der Interessen. Von beiden Institutionen werden hohe Steuern gefordert, und muß der Konsument sie auch bezahlen.

Auch die Aktiengesellschaften sind ein wichtiger Bestandteil der Nationalökonomie. Der Aktionär hat zweierlei wichtige Rechte: er ist der, wo das Geld gibt, und er darf bei der Generalversammlung in die Opposition gehen und etwas zu Protokoll geben. Die Aktiengesellschaften sind für das Wirtschaftsleben unerlässlich: stellen sie doch die Vorzugsaktien und die Verwaltungsratsstellen her. Denn jede Aktiengesellschaft hat einen Verwaltungsrat, der rät, was er eigentlich verwalten soll. Die Aktiengesellschaft haftet dem Verwaltungsrat für pünktliche Zahlung der Tantiemen. Diejenigen Ausreden, in denen gesagt ist, warum die A.-G. keine Steuern bezahlen kann, werden in einer sogenannten „Bilanz“ zusammengestellt.

Die Wirtschaft wäre keine Wirtschaft, wenn wir die Börse nicht hätten. Die Börse dient dazu, einer Reihe aufgeregter Herren den Spielklub und das Restaurant zu ersetzen. Die Börse sieht jeden Mittag die Weltlage an. Schreien die Leute auf der Börse außergewöhnlich viel, so nennt man das, die Börse ist fest. In diesem Falle kommt — am nächsten Tage — das Publikum gelaufen und engagiert sich, nachdem bereits das Beste wegverdient ist. Ist die Börse schwach, so ist das Publikum allemal dabei. Dieses nennt man Dienst am Kunden. Die Börse erfüllt eine wirtschaftliche Funktion: ohne sie verbreiteten sich neue Witze wesentlich langsamer.

In der Wirtschaft gibt es auch noch kleinere Angestellte und Arbeiter, doch sind solche von der neuen Theorie längst fallengelassen worden.

Zusammenfassend kann gesagt werden: die Nationalökonomie ist die Metaphysik des Pokerspielers.

Ein naiver Appell

Im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses in Berlin veranstalteten die Verbände der Künstlerschaft eine öffentliche Kundgebung, die mit der Annahme der folgenden Resolution endete:

„Die rein schöpferischen Kräfte im Schrifttum, in der Musik, in den bildenden Künsten sowie in Bau- und Werkkunst sind vollkommen aus dem Gestaltungsvorgang der deutschen Wirtschaft ausgeschaltet. Bei allen weittragenden Entscheidungen über das Leben der Nation werden zwar die Vertreter der einzelnen Wirtschaftsgruppen und deren Teilinteressen gehört, nicht aber die ohne solche Bindung allein der Gesamtheit dienenden schöpferischen Kräfte in dem Volke, das einst das Volk der Dichter und Denker hieß. Die versammelten Verbände fordern nachdrücklich den ihnen zustehenden Anteil an der Neugestaltung des deutschen Volks- und Wirtschaftslebens, die nur unter Mitwirkung und Mitverantwortung der geistigen Schichten gelingen wird.“

Die Naivität dieses „Mahnrufs“ wirkt erschütternd. Trotz Massenarbeitslosigkeit, trotz Bank- und Industriepleiten, trotz dem ganzen wirtschaftlichen, politischen und moralischen Bankrott der kapitalistischen Gesellschaft haben die manifestierenden Künstler immer noch nicht erkannt, warum „die rein schöpferischen Kräfte“ schon längst „aus dem Gestaltungsvorgang der deutschen Wirtschaft ausgeschaltet“ sind. Die tiefgreifende Veränderung der ökonomischen Position der Künstlerschaft hat noch nicht die entsprechende Revolutionierung im Bewußtsein dieser Gesellschaftsschicht hervorgerufen. Die „schöpferischen Kräfte“ — verehrte Herren von der Künstlerschaft! — können sich heute nur entfalten im revolutionären Kampfen den Sozialismus, und sie werden sich morgen noch intensiver entfalten können in der sozialistischen Gesellschaft, welche erst die wahre Befreiung des Geistes bringen wird.

Volkswirtschaftslehre

Lustiger Leitfaden von Kaspar Hauser

Nationalökonomie ist, wenn die Leute sich wundern, warum sie kein Geld haben. Das hat mehrere Gründe, die feinsten sind die wissenschaftlichen Gründe, doch können solche durch eine Notverordnung aufgehoben werden.

Ueber die ältere Nationalökonomie kann man ja nur lachen und dürfen wir selbe daher mit Stillschweigen übergehen. Sie regierte von 715 vor Christo bis zum Jahre 1 nach Marx. Seitdem ist die Frage völlig gelöst; die Leute haben zwar immer noch kein Geld, wissen aber wenigstens warum.

Die Grundlage aller Nationalökonomie ist das sogenannte „Geld“.

Geld ist weder ein Zahlungsmittel noch ein Tauschmittel, auch ist es keine Fiktion, vor allem aber ist es kein Geld. Für Geld kann man Waren kaufen, weil es Geld ist, und es ist Geld, weil man dafür Waren kaufen kann. Doch ist diese Theorie inzwischen fallengelassen worden. Woher das Geld kommt, ist unbekannt. Es ist eben da bzw. nicht da — meist nicht da. Das im Umlauf befindliche Papiergeld ist durch den Staat garantiert: dieses vollzieht sich derart, daß jeder Papiergeldbesitzer zur Staatsbank gehen und für sein Papier Gold einfordern kann. Das kann er. Die oberen Staatsbeamten sind gesetzlich verpflichtet, Goldplomben zu tragen, die für das Papiergeld haften. Dieses nennt man Golddeckung.

Der Wohlstand eines Landes beruht auf seiner aktiven und passiven Handelsbilanz, auf seinen inneren und äußeren Anleihen sowie auf dem Unterschied zwischen dem Giro des Wechselagios und dem Zinsfuß der Lombardkredite; bei Regenwetter ist das umgekehrt. Jeden Morgen wird in den Staatsbanken der sogenannte „Diskont“ ausgewürfelt; es ist den Deutschen neulich gelungen, mit drei Würfeln 20 zu trüdeln.

Was die Weltwirtschaft angeht, so ist sie verflochten.

Wenn die Ware den Unternehmer durch Verkauf verlassen hat, so ist sie nichts mehr wert, sondern ein Posel, dafür hat aber der Unternehmer das Geld, welches Mehrwert genannt wird, obgleich es immer weniger wert ist. Wenn ein Unternehmer sich langweilt, dann ruft er die anderen und dann bilden sie einen Trust, das heißt, sie verpflichten sich, keinesfalls mehr zu produzieren, als sie produzieren können, sowie ihre Waren nicht unter Selbstkostenverdienst abzugeben. Daß der Arbeiter für seine Arbeit auch einen Lohn haben muß, ist eine Theorie, die heute allemal fallen gelassen worden ist.

Eine wichtige Rolle im Handel spielt der Export. Export ist, wenn die anderen kaufen sollen, was wir nicht kaufen können;

Die Harzburger Kulisse

Bevor der Reichstag sich zur kurzen Oktober-Tagung versammelte, war die SPD in schwerer Not. Die Volkspartei suchte mit allen Mitteln, Brüning zu Hitler abzudrängen, die parlamentarische Basis war trotz des Tolerierungswillens der SPD unsicher. Brüning war gezwungen, sein Kabinett umzubilden und einerseits durch Ausschiffung des Zentrumsmembers Wirth, andererseits durch Übertragung des Innenministeriums an den Reichswehrminister Groener dem Kabinett ein schärferes, sozusagen wehrhafteres Gesicht zu geben.

Die eindeutige Entwicklungslinie der Brüning-Regierung zur faschistischen Diktatur stand fest. Wie also konnte die Tolerierung dieser Regierung begründet werden? Schließlich und endlich nur noch personell damit, daß Hitlers Diktatur schlimmer sein würde als die Brünings und Groeners. In diese schwierige Situation platzte die Harzburger Tagung der nationalen Opposition, die die heftig ersehnte „sachliche“ Begründung der Fortsetzung der Tolerierung brachte.

Was war in Harzburg geschehen? Die „nationalen Verbände“ hatten sich zu einer Heerschau ihrer Mannen getroffen, Reden wurden geschwungen. Es gab Krach in den Sitzungen und noch mehr Krach auf den Straßen. Und dann war noch Herr Schacht dabei.

Der ehemalige Reichsbankpräsident hielt eine schlechte Rede über die noch schlechteren Reichsfinanzen. Er sagte, was die Spatzen pfeifen, daß die Lage der Reichsbank gefährdet sei. Das war und ist unbestritten. Nach dem letzten Ausweis der Reichsbank vom 31. Oktober hat sich der Bestand an Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 448 Mill. auf 4351,9 Mill. RM. erhöht, wovon der Löwenanteil auf Handelswechsel und Schecks entfällt. Der Notenumlauf hat sich weiterhin um 373,1 Mill. auf 4745,9 Mill. RM. erhöht, dagegen haben sich die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen um 12,2 Mill. auf 1275,3 Mill. RM. vermindert. Die Deckung der Noten durch Gold und Devisen beträgt also nur noch 26,9 Prozent gegen 29,4 Prozent in der Vorwoche. Und man wird von diesen Deckungsbeständen einen nicht unerheblichen Teil als krank und eingefroren abschreiben müssen. Das war damals so, das ist heute so. Aber die ganze Feststellung hat erst eine Bedeutung erhalten, weil als Weg der Sanierung der Weg der Inflation gefordert wurde. Diese Forderung ist nicht nur die Forderung Schachts. Die „Frankfurter Zeitung“ hat kürzlich aufgedeckt, daß sich einflußreiche Kreise der Schwerindustrie bei Brüning in dieser Richtung bemüht haben. Daß die bürgerliche Presse dagegen schreibt, ist kein Gegenbeweis. Es gibt tatsächlich einflußreiche Kreise der Industrie, die die Inflation wollen und die darin die einzige Rettungsmöglichkeit sehen.

Die Sozialdemokratie toleriert also die 2. Brüning-Regierung einschließlich Groener, um die Inflation zu verhindern. Der Inflationsschreck hat die Entscheidung der Wirtschaftspartei für Brüning beeinflusst; er wird jetzt auch von der Sozialdemokratie als Kulisse ihrer Tolerierungspolitik vorgeschoben. Das ist eine ganz gescheite Spekulation im Hinblick auf die Inflationängste, die in Deutschland noch recht lebendig sind.

In Wirklichkeit kann die Tolerierung Brünings ebensowenig die Inflation verhindern wie die Machtergreifung durch Hitler. Die Annäherung der herrschenden Gruppen: Schwerindustrie — Hindenburg — Groener — Schleicher — Brüning — Hitler hat in den letzten Tagen rasende Fortschritte gemacht. Von führenden Nationalsozialisten ist die Koalitionsbereitschaft erklärt worden: „Wir sind bereit, mit dem Zentrum zu regieren, wenn dieses sich aus den Klauen des gottesleugnerischen Marxismus befreit haben wird.“ sagte dieser Tage der Nazi-Abgeordnete Stöhr. Und Gregor Strasser erklärte sich bereit, sich mit dem Teufel zu verbinden; er wird sich also vor dem Beelzebub Brüning nicht scheuen.

Die Harzburger Kulisse ist durchlöchert: die Arbeiterschaft sieht hinter ihr die sich bildende nationale Einheitsfront Brüning—Hitler.



John Pierpont Morgan
Der mächtigste Bankier der Welt kommt nach Berlin

Die englischen Bezirkswahlen Weitere Katastrophe der Arbeiterpartei

London, 3. November.

Bei den Bezirks- und Landratswahlen hat die Arbeiterpartei nach den bisher vorliegenden Ergebnissen wiederum eine schwere Niederlage erlitten. Gewählt wurde in dreihundert Städten und Gemeinden. In den frühen Morgenstunden lagen folgende Ergebnisse vor: Konservative gewonnen 149, verloren 5. Liberale gewonnen 26, verloren 5. Arbeiterpartei gewonnen 5, verloren 206. Verhältnismäßig gut abgeschnitten bei dieser Wahl hat die Unabhängige Arbeiterpartei, die 46 Sitze gewonnen und 10 verloren hat.

Dieses erfreuliche Ergebnis für die Unabhängige Arbeiterpartei zeigt, daß der Ausgang der „Nebelwahlen“ tatsächlich viel weniger dem „Flugsand“ der Wählermassen, der von Wahl zu Wahl seine Stellung wechselt, zu verdanken ist, als dem bewußten Protest der Wähler gegen die laue Politik der Arbeiterpartei. Die Radikalisierung der Wähler im Verlaufe der Krise erweist sich in dem starken Achtungserfolg der „Unabhängigen“.

554 gegen 61

Das Endergebnis der englischen Wahlen.

London, 2. November.

Mit den heute bekanntgewordenen Wahlergebnissen liegen nunmehr die vollständigen

Japanisches Ultimatum an chinesische Generale

Tokio, 3. November.

Der Kommandeur der japanischen Truppen in der Mandschurei hat den beiden in der Provinz Heilungkiang miteinander Zivilkrieg führenden chinesischen Generalen Machanshen und Changhatpang eine ernste Warnung zugehen lassen, weil sie ihrem Versprechen entgegen die zerstörte Eisenbahnbrücke bei Taonananganchi am Nonni-Fluß nicht wiederhergestellt haben. Der japanische Kommandeur kündigt daher seine Absicht an, morgen Pioniertruppen zu entsenden, welche die Brücke reparieren sollen. Er fordert von den beiden chinesischen Generalen, daß sie ihre Truppen bis auf eine Entfernung von zehn Kilometern von der betreffenden Brücke zurückziehen sollen, damit während der Reparaturarbeiten Zusammenstöße zwischen japanischen und chinesischen Truppen vermieden werden.

England dementiert Geheimabkommen mit China

WTB. London, 2. November

Wie aus Tokio gemeldet wird, haben dort anhaltende Gerüchte über den Abschluß eines Geheimabkommens zwischen Großbritannien und China über Abschaffung der Exterritorialitätsrechte beträchtliches Unbehagen und Beun-

Zahlen über die englischen Wahlen vor. Von den 615 Parlamentssitzen, die zu vergeben waren, entfielen 654 auf die Anhänger der Nationalregierung, 50 auf deren Gegner und elf auf unabhängige Liberale und Unabhängige. Kommunisten oder Mitglieder der „Neuen Partei“ wurden nicht gewählt.

Ghandi bei MacDonald

London, 3. November.

MacDonald empfing heute vormittag Gandhi in Audienz. Gegenstand der Unterredung war die Konferenz am Runden Tisch.

Die schwierigste Frage der Konferenz „am Runden Tisch“ ist die Lösung des Minoritätenproblems. Es bestehen ungelöste Differenzen zwischen den Moslems und den Hindus. Die Moslems wollen, daß die britische Regierung den Konflikt entscheide, Gandhi aber will der Regierung nur die Ermächtigung zur Ernennung von Schiedsrichtern zubilligen. Ein besonders schwierig zu lösender Punkt ist weiter die Frage der finanziellen Kontrolle über Indien, wo Gandhi noch energischen Widerstand leistet.

Auch für die indische Frage gilt in Beziehung auf MacDonald das Wort: Mönchlein, Mönchlein, du gehst einen schweren Gang!

ruhigung hervorgerufen. Wie Reuter von hochautoritativer Stelle erfährt, entbehren diese Gerüchte über den Abschluß eines Geheimvertrages mit China jeder Grundlage, es sei auch kein derartiger Vertrag geplant. Es wird ferner betont, daß Japan zu jenen Mächten gehört, die dauernd über den Stand der Verhandlungen zwischen Großbritannien und China unterrichtet werden. Diese Verhandlungen sind gegenwärtig angesichts der mandschurischen Schwierigkeiten eingestellt worden.

Chinas drei Hauptpunkte

Nanking, 2. November.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Parlaments erklärte, der chinesisch-japanische Streitfall solle auf Grund dreier Hauptpunkte gelöst werden:

1. Aufrechterhaltung der Gebiets- und Verwaltungsoberheit Chinas;
2. Politik der „offenen Tür“, damit alle Völker der Welt ihre rechtmäßigen Interessen in China fordern können;
3. alle Rechte, die sich aus den internationalen Verträgen ergeben, sollen geachtet werden.

Nun wird's ja werden!

König Faisal vom Irak hat einer hier aus Bagdad eingetroffenen Meldung zufolge den Beitritt des Irak zum Kellogg-Pakt gebilligt.

In „voller Ordnung“

Bulgarische Regierung

„sieg“ bei Gemeindewahlen

Sofia, 2. November.

Am gestrigen Sonntag fanden in 19 Städten und etwa 900 Dörfern Gemeindewahlen statt, die in „voller Ordnung“ verliefen und bei denen nach Mitteilung des Innenministers in allen Bezirken mit Ausnahme von Burgas 73 Prozent der abgegebenen Stimmen auf die Regierungsparteien entfielen. Der Nationale Block erhielt 256 898 Stimmen, die Kommunisten, die stark zurückgegangen sind, 50 753 und die frühere Regierungspartei, die demokratische Vereinigung, 31 564 Stimmen.

Loucheurs Krisenrezept

Eine Eisenhartkur

Kopenhagen, 3. November.

Der französische Wirtschaftsminister Loucheur ist mit einer Landwirtschaftsdelegation hier eingetroffen, um die dänische Landwirtschaft und das dänische Genossenschaftswesen zu studieren. In einem Presseinterview erklärte Loucheur, er glaube, daß Laysals Reise nach Amerika Früchte tragen werde. Er sei zur Zeit schwer erkrankt, und die Krankheit sei viel ernster, als viele glaubten.

Um diese Krise zu überwinden, müsse ohne Aufhören gearbeitet werden. Es sei im höchsten Grade notwendig, daß jetzt Maßnahmen zum wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau Deutschlands getroffen würden. Die gegenwärtige Lage sei für Deutschland außerordentlich ernst und für Europa gefährlich.

Das Rezept des Herrn Loucheur hat die Einfachheit für sich. Leider macht der französische Wirtschaftsminister keine anderen Angaben darüber, wie er sich das Arbeiten „ohne Aufhören“ denkt. Das laufende Band hätten wir ja glücklich in Europa eingeführt, es hat nur den Nachteil, daß es nicht läuft, weil die Schornsteine nicht rauchen. Die 20 und mehr Millionen Arbeitslose wünschen bestimmt nichts sehnlicher, als zu arbeiten, — aber sie werden erst wieder arbeiten können, wenn die Krise überwunden ist. Und wenn die Krise nur durch „unaufhörliches Arbeiten“ zu überwinden ist, so wird man doch schon ein Wirtschaftssystem einführen müssen, das nicht im Profit das ein und alles der Arbeit sieht, sondern in der Bedarfsdeckung für die gesamte Gesellschaft.

Für ein solches System aber, befürchten wir, wird Herr Loucheur schwerlich zu haben sein.

Volksbegehren auf Auflösung des sächsischen Landtags beantragt

Die kommunistische Landtagsfraktion hat dem Ministerium des Innern einen Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens zwecks Auflösung des sächsischen Landtags eingereicht.

Kulturpolitik

Anna Sierzen

„Gib mir einen Strick . . .“

Mein kleiner Freund hatte sein Abiturium bestanden und ein ausgezeichnetes dazu. Nun „lag die Welt vor ihm offen“, wie man so zu sagen pflegt. Und mit seinem Zeugnis Nr. 1 ging er zur Berufsberatung, um zu hören, welcher der vielen Wege in die Welt der aussichtsreichste sei. Als er zurückkam, sagte er zu seiner erwartungsvollen Mutter: „Gib mir einen Strick zum Aufhängen. In Europa ist kein Platz für mich.“ — Das, nicht wahr, ist eine sehr übertriebene Art, selbstverständliche Dinge aufzufassen? Ältere Jahrgänge nehmen so etwas ruhiger.

„Ostern mache ich mein Examen.“ sagt solch ein reiferer Jahrgang. Es ist einer der vielen Werkstudenten. Techniker von Haus aus. Aber er ist ein begeisterter und begabter Freund der Jugend. So hat er mit viel Mühe, Entbehrung und der Hilfe guter Freunde sich durchgeschlagen und steht vor dem Ende seiner Studien, ein schon an manche Not gewöhnter Mann, aber mit der Jungensfrische, die unsere Jugend braucht. „Eine Stelle? Nein, eine Stelle bekomme ich ja bestimmt nicht. Was ich machen will? Vielleicht habe ich Glück. Dann gehe ich nach England. Da haben mir Freunde Aussicht gemacht auf Arbeit in einer Fürsorgeanstalt. Fünfzig Schilling den Monat. Na, damit kann man sich schließlich durchhelfen.“

Die noch Älteren und Reiferen? Die schon in Arbeit und Amt standen? In Preußen, allein in Preußen, baut man jetzt sieben-tausend Junglehrer an den Volksschulen ab und eintausendsechshundert Studienassessoren an höheren Schulen. Darunter sind solche, die Familienväter sind, Fünfunddreißigjährige, die man auf die Straße setzt, gerade wenn sie in der Fülle ihrer Kraft sind, der Jugend ihr Bestes geben könnten und möchten.

Wie gut haben wir es doch gehabt in unserer Jugend! Wer arbeitete und sich anstrengte, der war ganz sicher, daß er Arbeit fand. Heute? Wer dem Ende seiner Aus-

bildung entgegensieht, sei er Arbeiter, Kaufmann, Akademiker, der erschrickt. Denn das bedeutet für ihn im günstigen Fall Erwerbslos-, Krisen-, Wohlfahrtsunterstützung; im ungünstigen das Nichts. Lohnt es sich da überhaupt, zu arbeiten und sich anzustrengen? „Gib mir einen Strick, Mutter“, das ist der eine Ausweg. Der andere heißt: SA, Hakenkreuz und Hitlerparaden.

Der Unterrichtsminister in Preußen hatte vor ein paar Wochen im Landtag die Abbaumaßnahmen in den preußischen Schulen zu verteidigen. Er sagte am Schluß seiner Rede: „Ich bin davon überzeugt, das Schicksal Deutschlands hängt davon ab, ob es uns gelingt, die Verhältnisse, auch die wirtschaftlichen Verhältnisse so zu gestalten, daß die deutsche Jugend wieder die Hoffnung erhält auf die Erfüllung ihres Lebenssinnes in einer gesunden Richtung, und diese Richtung ist doch wohl die Richtung auf eine berufliche Tätigkeit. . . Ich möchte hier nicht weggehen, ohne zu bekennen, daß ich es gerade deshalb, weil ich um der Not des Staates willen die Maßnahmen der Notverordnung mitgemacht habe, für meine vornehmste Amts- und Gewissenspflicht halte, die Sorge für den Nachwuchs als die Hauptfürsorge meines Ressorts zu betrachten.“

Das ist ohne Zweifel ehrlich gemeint. Es ist übrigens eine Selbstverständlichkeit, denn was für eine Sorge kann ein Unterrichtsminister denn schließlich haben, wenn nicht die Sorge für den Nachwuchs? Aber was hilft auch das allerehrlichste Bekenntnis angesichts dessen, was vor sich geht? Ich glaube, es ist ein Unglück, daß wir von solchen Dingen sprechen unter der Rubrik: Kulturpolitik. Heute nämlich, wo Millionen hungern und andere Millionen sich ängstigen vor dem Hunger des kommenden Tages, denkt man leicht: „Kultur? Gut und schön, aber Kultur ist eine Luxusangelegenheit für Menschen, die Arbeit und Brot haben. Wenn fünf Millionen erwerbslos sind, wenn die übrigen dreizehn Millionen Arbeiter und Angestellten mit Nägeln und Zähnen — vergeblich — um ihr bischen Lohn und Gehalt kämpfen müssen, dann ist es sinnlos, sich um ein paar tausend Lehrer und ein

bischen Schul- und Kulturabbau den Kopf zu zerbrechen“. Es geht nicht um ein paar tausend Lehrer und um den Luxus „kultureller Aufgaben“. Ich hätte nichts dagegen, wenn man einmal alle Theater schlosse und die Mehrzahl unserer Museen ausverkauft, weil nämlich die Menschen, die man mit den ersparten Geldern retten und ernähren könnte, wichtiger sind. Aber eben um diese Menschen geht es. Um die Menschen von morgen, um das Deutschland von morgen.

Der Jugend baut man jetzt die Schulen ab. Man überfüllt die Volksschulklassen und nimmt ihnen die besten und frischesten Lehrer. Man läßt von der Berufsschule nur einen dürftigen Rest weniger Unterrichtsstunden. Man steigert das Schulgeld für die höheren Schulen und die Gebühren für die Hochschulen, so daß nur noch recht Wohlhabende diese Summen aufbringen können. Ich habe gerade die neue Gebührenordnung einer mitteldeutschen Universität vor mir. Danach muß der Student, ehe er überhaupt anfangen kann, Kollegs zu belegen, Bücher zu kaufen und zu leben, einhundertvierzig Mark pro Semester bezahlen an Studiengebühr und Versicherungen, an Verwaltungskostenbeitrag usw., d. h. nur für die Erlaubnis, an der Universität überhaupt zu erscheinen. Einhundertvierzig Mark für drei bis vier Semestermonate. Und in Preußen sind die Gebühren noch höher.

Die Weimarer Verfassung verpflichtet Reich und Länder, „zu wachen über die Erziehung der Kinder zu leiblicher, seelischer und gesellschaftlicher Tüchtigkeit (Artikel 120), das Schulwesen aufzubauen „nach der Mannigfaltigkeit der Lebensberufe“ und den Kindern eine Ausbildung zu gewährleisten entsprechend „ihren Anlagen und Neigungen“, öffentliche Mittel für die Minderbemittelten bereitzustellen und Lern- und Lehrmittel unentgeltlich in allen Pflichtschulen zur Verfügung zu stellen. (Art. 146).

Wie kommt sie diesen Verpflichtungen nach? Sie überläßt die Jugend der Erwerbslosigkeit, der Hoffnungslosigkeit, der Straße.

(Fortsetzung auf Seite 4)

„Die freieste aller Demokratien“

General, Reichswehr- und Reichsinnenminister Groener hat in seinen viel zu wenig beachteten und insbesondere von der sozialdemokratischen Presse selbhaft totgeschwiegenen Programmäußerungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zweierlei proklamiert in bezug auf die Jugend: Sie soll von der Straße gebracht werden und erzogen zum nationalen Wehrwillen.

Dem ersten Zwecke dienen offenbar folgende Maßnahmen: Einschränkung und Abbau der Berufsschule, Sperrung der höheren Schulen durch Schulgelderhöhung, Beschränkung der Erwerbslosenunterstützung auf solche Jugendliche, welche nachweisen, daß die Familie sie nicht unterhalten kann, Abbau der Fürsorgeerziehung für die Jugendlichen, die über 16 bzw. 18 Jahre sind, Sperrung aller öffentlichen Pflegeeinrichtungen. Was erhalten die so betreuten Jugendlichen als Ersatz? Die Arbeitsdienstpflicht, wenn uns nicht alles trügt, und die Möglichkeit, zu Hitler zu gehen.

Denn ein Vergnügen muß der Mensch unbedingt haben. Und da Reichsinnenminister und Polizei und Justiz den Kurfürstendammkrawallen und dem Braunschweiger Pogrom gegenüber sich so duldsam milde verhalten, werden sie diese wohl als Betätigung „nationalen Wehrwillens“ ansehen.

Aber wir wollen nicht ungerecht sein: auf einem Gebiet zeigen die abbaufreudigen Behörden einen starken kulturellen Aufbauwillen. Das ist

das Gebiet der Zensur, der Polizeiverbote und der Strafmaßnahmen gegen mißliebige Ueberzeugungen.

Es ist einigermaßen schwierig, heute festzustellen, was in der freiesten aller Demokratien, welche jedem Deutschen das Recht zusichert, „innerhalb der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild und in sonstiger Weise frei zu äußern“ verboten, was erlaubt ist. Es hängt im wesentlichen von der Ansicht der jeweiligen Polizeibehörde ab. Hier sind die Regierungen so produktiv wie irgendein Landesvater des 18. Jahrhunderts. Von der Kino- und Radiozensur, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit uns beherrscht, von der Polizeiaufsicht über die Zeitungen und dem Schund- und Schmutzausschuß zur Bewahrung der Jugend bis zu den Verboten der proletarischen Kinderfreunde in Bayern umgibt ein Kordon von Verboten unsere Jugend. Und wenn Polizeizwang zu leiblicher, seelischer und gesellschaftlicher Tüchtigkeit erziehen könnte, so wäre es aufs beste bestellt um unsere Jugend und unser Volk.

Was tut hierbei die Sozialdemokratie?

Sie hat ein ausgezeichnetes kulturelles Aktionsprogramm: Brechung des Bildungsprivilegs der Besitzenden, Öffentlichkeit und Unentgeltlichkeit der Erziehung, wirtschaftliche Versorgung der Lernenden, einheitlicher Aufbau des Schulwesens unter enger Beziehung zwischen Werkarbeit und geistiger Arbeit.

In den sechs Jahren seit Aufstellung dieses Programms haben wir uns von jeder einzelnen dieser Forderungen weiter und weiter entfernt. Und die Politik aller Regierungen in Deutschland, mochte der Minister nun Frick oder Grimme heißen, sieht sich in allen wesentlichen Punkten so ähnlich, daß man mit dem Vergrößerungsglas nach Unterschieden suchen muß. Sie läßt sich mit zwei Worten umschreiben: Verstärkung des Bildungsprivilegs der Besitzenden unter Abbau aller allgemeinen Volksbildungseinrichtungen.

Ich bin ungerecht? Ich verkenne den Zwang der Verhältnisse? Nein. Ich weiß, daß die Verhältnisse es sind, deren Gefangener ein sozialistischer Unterrichtsminister ebenso ist, wie die Partei, die er in der Regierung vertritt. Solange die herrschenden Mächte: kapitalistische Wirtschaftsgewaltige, Reichswehr, Großgrundbesitz, Bürokratie, Kirche und die unverantwortlichen Kreise der nationalen Opposition jeder Regierung jede Maßnahme diktieren, können wir keine andere Kulturpolitik treiben. Wir müssen für Rüstungen und Subventionen, für finanzielle Stützungsaktionen und Roggenvalorisierungen, für Fürstenabfindungen und Generalspensionen das Geld ausgeben, das wir unserer Jugend abdarben. Es ist eine Illusion zu glauben, daß man in einer solchen Gesellschaft eine sozialistische — ja, daß man überhaupt eine Kulturpolitik betreiben kann.

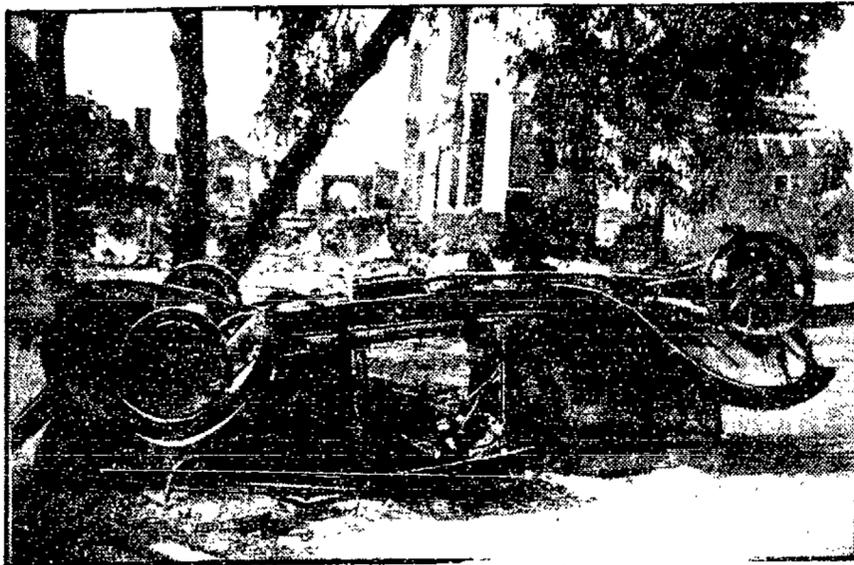
Wir können unserer Jugend nicht helfen, solange diese Gesellschaft, solange diese Machtverhältnisse bleiben.

Aber wir können eins tun: ihr die Augen öffnen über das, was vorgeht, über die Tatsache, daß sie verkommen muß mitten in einer Welt, die reich und überreich ist an Lebensgütern und Kräften, sie zu vermehren. Warum? Das wurde bereits vor 83 Jahren präzise und klar ausgesprochen: „Es tritt hiermit offen zutage, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden. Die Gesellschaft kann nicht mehr unter ihr leben, d. h. ihr Leben ist nicht mehr verträglich mit dem Leben der Gesellschaft.“ Das sagte Karl Marx im kommunistischen Manifest, das heute aufs

Aufbruch gegen England



Demonstrationen der Bewohner von Nicosia vor dem Regierungsgebäude.



Die Trümmer des niedergebrannten Regierungsgebäudes in Larnaca.

Die schweren Unruhen auf der englischen Insel Cypern haben ein schnelles Ende gefunden, nachdem die englischen Behörden Kriegsschiffe und Truppen aus Aegypten und Mail nach Cypern entsandt hatten. Der Aufstand zielte auf eine Losreißung Cyperns von der englischen Herrschaft und einen Anschluß an Griechenland.

neue die denkbar aktuellste Lektüre ist. Die kapitalistische Klasse hat zur Zeit rund 20 Millionen Erwerbslose auf der Erde zu ernähren, deren Existenz sie nicht mehr sichern kann. Sie will sie nicht ernähren. Sie will auch die Jugend nicht ernähren, welche zu dem gleichen Los heranwächst. An dieser Sachlage scheitert jeder Versuch einer irgendwie gearteten Kulturpolitik.

Minister Grimme meint, die Richtung auf berufliche Tätigkeit allein sei es, welche der Jugend einen Lebenssinn geben könne. Mir scheint's, in der heutigen Lage sei der Lebenssinn für die Jugend, sich die Möglichkeit einer beruflichen Tätigkeit zu schaffen, welche die heutige Ordnung ihr verbaut. Die Jugend, die heute mit Hitler marschiert, ahnt das dunkel. Sie meint mit Judenpogromen und Arbeitermorden, mit Kriegsgeschrei und roher Gewalt diese Welt für sich erobern zu können. Es ist unsere Schuld, daß wir nicht verstanden haben, ihr den anderen Weg zu zeigen, den seit acht Jahrzehnten die Arbeiterschaft sucht.

Diese Wegweisung scheint mir heute die einzige sinnvolle und aufbauende Kulturpolitik zu sein, die wir treiben können.

Wettbewerb für ein Heine-Denkmal

Der Ausschuß für die Errichtung eines Heine-Denkmal in Düsseldorf hat einen Wettbewerb ausgeschrieben. Das Denkmal soll in würdiger, gut verständlicher Form eine Ehrung darstellen, und der Bewerber reiner Dichter darstellen, und der Bewerber soll völlige Freiheit in der Gestaltung des Denkmals haben. Zum Wettbewerb zugelassen sind alle Künstler, soweit sie in Düsseldorf ansässig oder geboren sind und seit mindestens 1. Januar 1930 in Düsseldorf ein Atelier unterhalten. Außerdem sind zur Beteiligung folgende deutsche Bildhauer eingeladen: Prof. Dr. Albiker-Dresden, Prof. Bleeker-München, Prof. Dr. Kolbe-Berlin und Prof. Scharff-Berlin. An Preisen stehen zur Verfügung: Als 1. Preis die Uebertragung der Denkmalausführung, als 2. Preis 2500 Mark, als 3. Preis 1500 Mark, als 4. Preis 1000 Mark. Entwürfe müssen, mit einem Kennwort versehen, bis zum 1. Mai 1932 bei der Verwaltung des Kunstpalastes in Düsseldorf, Hofgartenufer 4, abgeliefert sein.

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
wöchentlich . . . 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung,

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

Diesen Bestellschein nimmt entgegen: jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungsverlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Kleine Notizen

Erdbeben in SüdJapan

Verkehrstörungen und schwere Schäden. Die japanischen Inseln Kyushu und Shikoku wurden von einem heftigen Erdbeben heimgesucht. Gerüchte, die von mehr als tausend Toten sprechen, werden in der letzten Meldung des WTB als stark übertrieben bezeichnet. Dagegen soll auf einem großen Gebiet erheblicher Materialschaden verursacht und der Verkehr lahmgelegt worden sein.

Abwanderung aus „Gottes eigenem Land“

Die Amberg Trading Corp. in New York die amerikanische Handelsvertretung der Sowjetunion in den Vereinigten Staaten, wird bis zum Ende des Jahres mehr als 6000 qualifizierte amerikanische Arbeiter nach der Sowjetunion senden. Die Anwerbung erfolgt auf der Grundlage ein- oder zweijähriger Verträge, doch wird die Mehrzahl der Arbeiter ihre Familien mitnehmen, da sie beabsichtigt, sich in Anbetracht der hoffnungslosen Lage des amerikanischen Arbeitsmarktes (gegenwärtig sind in den USA. etwa 8 Millionen arbeitslos) dauernd in der Sowjetunion niederzulassen. Die Amberg hat im vergangenen Jahr mehr als 100 000 Bewerbungen amerikanischer Arbeiter um Beschäftigung in der Sowjetunion erhalten; sie kann jedoch vorerst nur einen kleinen Teil der Gesuche berücksichtigen, schon weil es der russischen Industrie zur Zeit unmöglich wäre, für so viele zusätzliche Arbeitskräfte Wohnungen zu beschaffen. Nach Angaben der Amberg sind in der Sowjetunion bis jetzt bereits 2500 amerikanische Arbeiter beschäftigt.

Starker Rückgang der Biererzeugung

Nach der amtlichen Statistik wurden vom Juli bis September im deutschen Zollgebiet 10,52 Mill. hl Bier versteuert gegen 14,02 Mill. hl im gleichen Vierteljahr des Vorjahres. Vom April bis September stellt sich die Biererzeugung auf 22,47 Mill. hl gegen 28,72 Mill. im entsprechenden Halbjahr 1930. Der Malzverbrauch sank von Juli bis September auf 1,62 (i. V. 2,35) Mill. dz und seit April auf 3,83 (5,03) Mill. dz.

Der Rückgang der Biererzeugung spiegelt die starke Konsumbeschränkung infolge Steuererhöhung und Einkommensbeschränkung der breiten Massen wider.

Der sterbende Angestelltenberuf

86,8 Bewerber auf jede neu gemeldete Stelle. Die Lage des kaufmännischen Arbeitsmarktes ist entsprechend der weiteren Lähmung des Wirtschaftslebens in einer ständigen Verschlechterung begriffen. Die Andrangsziffer (Bewerber auf eine neu gemeldete Stelle) betrug im Oktober 1931 86,8 gegenüber 78,7 im September 1931 und 32,3 im Oktober 1930.

Keine „Todesnebel“ mehr

WTB. Brüssel, 3. November. Wie die „Nation belge“ meldet, wird die chemische Fabrik in Engis (Provinz Lüttich), deren Giftgasen im Herbst vorigen Jahres mehrere Menschenleben im Maastale, namentlich in den Orten Sclessin und Tilleur, zum Opfer fielen, auf Grund einer gerichtlichen Entscheidung am 10. November endgültig geschlossen.

Die Sonde von Moreni

WTB. Bukarest, 3. November. Die Petroleumsonde in Moreni ist gestern erneut in Brand geraten. Die Sachverständigen haben die Löscharbeiten einstellen lassen, da sie ungeheure Summen verschlingen würden. Erst kürzlich hatte die Sonde Feuer gefangen, das erst unter großen Schwierigkeiten abgelöscht werden konnte.

Seeleute in Rechtsnot

Weitere Urteile gegen die streikenden Seeleute. Kiel, 2. November. Das Schnellgericht verurteilte einen Matrosen vom Leichter „Peter“ und drei Besatzungsangehörige des Leichters „Unterweser 10“ zu je 1 Monat Gefängnis. Die Verurteilten, gegen die Haftbefehl erlassen wurde, nahmen die Entscheidung an.

Französische Bergarbeiter gegen Kohleneinfuhr

Paris, 3. November. Der sozialistische Abgeordnete Maes, Bürgermeister von Lens, Vorsitzender des Verbandes der nordfranzösischen Bergarbeitergewerkschaften, hat an Ministerpräsident Laval ein Schreiben gerichtet, in dem er eine schärfere Anwendung der Bestimmungen über die Kontingentierung der Kohleneinfuhr verlangt. Die bisher ergriffenen Maßnahmen hätten sich als unwirksam herausgestellt. Man schein die Arbeitslosigkeit und die Aufhäufung von Vorräten als etwas Normales anzusehen. Eine strenge Anwendung der Kontingentierungsbestimmungen, die den Rückgang des Verbrauches zu einem Drittel auf die französische Produktion und zu zwei Dritteln auf die Kohleneinfuhr verteilt, würde den französischen Bergleuten Erleichterung bringen.